Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Organ der Sozialdemokratischen Partei
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter"
jeden Werktag nachmittag.

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802
Sprechstunde täglich von ½12—½1 Uhr.

Verlag und Expedition: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407
Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 221 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 5.– Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 4.50 Mk. Durch Postbezug im Bl vierjahr 13.50; monatlich 4.50 Mk. Bestellgeld extra. | Halle, Montag, den 20. September 1920 | Anzeigenpreis: Im achtspalt. Anzeigenteil 60 Pf., Reklame im Textteil 2.50 Mk. f. d. Millimeter-Höhe. Kollektivanzeigen 30% Aufschlag. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 4. Jahrgang

Krise in der Reichsregierung.

Schreit da die deutschnationale Welt in letzter Zeit unentwegt nach Neuwahlen in Preußen, da die jetzige Landesversammlung und die auf deren Mehrheitsverhältnisse sich stützende Regierung nicht der Ausdruck des Volkswillens sei. Mit allen Mitteln versuchen sie es in Preußen zur Regierungskrise zu treiben. Derweilen man in Preußen das — bisher ergebnislos — anstreht, zerbröckelt das Kabinett im Reiche immer mehr, ein Zeichen, daß es dem Volkswillen noch weniger entspricht als die Preußische Regierung. Es kracht in allen Fugen. Hermes, der Ernährungsminister macht sich infolge seiner einseitigen Agrarpolitik bei allen Verbrauchern unmöglich. Gröner bindet mit der Arbeiterschaft Deutschlands an, die die Neutralität schützen will. Geßler schrie zuerst los, daß man es nicht mehr allein schaffe. Was er selbst tut, darüber soll er, und tut er auch, den Mantel des Schweigens decken.

Jetzt kommt nun die Nachricht, daß sich der Finanzminister Wirth mit Demissionsgedanken trage. Die Nachricht vom Sonnabend, er habe den Präsidenten sein Entlassungsgesuch schon eingereicht, wird allerdings noch bestritten, aber es wird offen erklärt, daß zwischen den Ministern starke Meinungsverschiedenheiten aufgetaucht sind, die das Reichskabinett in den nächsten Tagen stark beschäftigen werden. Sie rühren von der Besoldungsreform her. Aus Beamtenkreisen wird dem „Vorwärts" darüber geschrieben, daß zum nicht geringen Teil die Schuld auf das Reichsfinanzministerium und den Minister Wirth selbst fällt. Er ist es gewesen, der das badische Besoldungsgesetz geschaffen hat, das weit über die Grenzen der Reichsbesoldungsordnung hinausgeht; und das Finanzministerium war es, das seine Beamten ohne jede Rücksicht auf andere Ressorts besonders günstig in die Besoldungsordnung einreihte.

Die Nachprüfung der Besoldungsordnung sollte diese Unterschiede ausgleichen. Da das Finanzministerium aber bezüglich seiner Beamten nicht nachgab, andererseits die berechtigten Ansprüche der Eisenbahn- und Postbeamten nicht anerkennen wollte, sind die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den beteiligten Ressortchefs entstanden, die schließlich zur Krisis führten.

Nun steht man das Schauspiel für Götter. Während in Preußen die reaktionäre Gesellschaft sich die größte Mühe gibt, das immer noch haltbare Kabinett zu stürzen, stoßen im Reiche alle Mitglieder des Reichskabinetts und der bürgerlichen Parteien sehnsuchtsvolle Rufe nach unserer Partei aus, sie möge eine „rote Kette" um das Gebäude schlingen, damit es nicht ganz aus dem Leime geht.

Polen, Litauen und Rußland.

Kowno, 18. Sept. (Eltz.) Gestern fand in Kalvaria die erste Sitzung der polnischen und der litauischen Delegationen statt. Die Polen erklärten, der Durchzug bewaffneter bolschewistischer Truppen durch litauisches Gebiet bedeute eine Verletzung der litauischen Neutralität; sie warfen den Litauern vor, daß sie mit den Bolschewisten unmittelbar zusammenarbeiteten. Die Polen verlangten, daß die Litauer der polnischen Delegation eine formelle Garantie für die litauische Neutralität geben sollten, und daß vor Eintritt in Verhandlungen die litauische Armee sich hinter die am 18. 7. 1919 festgesetzte Foch-Clemenceau-Linie zurückziehen sollte, da das von litauischen Truppen besetzte Land von der Entente Polen zuerkannt sei. Die litauische Delegation dagegen erklärte, daß die Beschuldigung der Verletzung der litauischen Neutralität im russisch-polnischen Kriege vollständig unwahr sei, daß sie durch keine Tatsach belegt werden könne und daß deshalb eine besondere Garantie für die litauische Neutralität überflüssig sei. Hinsichtlich der Foch-Clemenceau-Linie erklärte die litauische Delegation, die litauische Regierung habe von der Festsetzung der Linie niemals offizielle Kenntnis erhalten, auch nicht Gelegenheit gehabt, an der Festsetzung der Linie niemals offizielle Kenntnis erhalten, auch nicht Gelegenheit gehabt, an der Festsetzung dieser Linie teilzunehmen. Zudem tue diese Linie dem ethnographischen Litauen Abbruch, indem sie große Teile Litauens Polen zuteile. Litauen lehne diese Linie glatt ab. Im übrigen sprachen die litauischen Delegierten den Wunsch aus, sofort zur Besprechung im Einzelnen zwecks Festsetzung einer vorläufigen Demarkationslinie überzugehen. Die Verhandlungen gehen heute weiter.

Agrarreform in Litauen.

Riga, 18. Sept. Die verfassunggebende Versammlung hat mit 79 gegen 65 Stimmen ein Gesetz über eine Agrarreform angenommen. Danach behalten die Großgrundbesitzer von ihren Gütern nur den der Größe eines mittleren Bauerngutes entsprechenden Teil. Das übrige Land wird unter Entschädigung an den Staat abgetreten und soll unter erleichterten Zahlungsbedingungen an Landwirte ohne Landbesitz verteilt werden.

Die Verhandlungen in Riga.

Riga, 19. Sept. Am Sonabend konferierte der Präsident der polnischen Friedensdelegation Dombski mit dem Präsidenten der russischen Friedensdelegation Joffe. Die erste Plenarsitzung der Friedensdelegation soll Dienstag stattfinden.

9 Millionen für die Quäkerspeisungen.

Berlin, 18. Sept. Eine weitere Zuwendung in der Höhe von 9 120 000 Mark für das hiesige Ernährungswerk der amerikanischen Quäker hat am heutigen Tage stattgefunden. Bereits bei der Einrichtung der amerikanischen Lebensmittelorganisation war in Aussicht genommen, etwaige Ueberschüsse nach Abzug der eigenen Unkosten dem amerikanischen Quäkerkomitee zu überweisen. In Ausführung dieser Absicht ist heute dem Berliner Quäkerkomitee ein Scheck in Höhe von 44 762,55 Dollar überwiesen worden, der nach dem heutigen Kurswerte die Summe von 9 120 000 Mark repräsentiert. Die Uebergabe erfolgte durch Mr. Philip H. Caroll, den technischen Leiter der American Relief Ware-Houses für Deutschland, in Gegenwart des Staatssekretärs Huber vom Reichswirtschaftsamt. Zugegen waren ferner aus London der Direktor für Europa Mr. M. L. Brown. Diese Zuwendung ermöglicht es dem Quäkerkomitee, weitere 140 000 Kinder monatlich zu speisen. Diese beträchtliche und nun schon so menschenfreundlichen Werke zugeführten Ueberschüsse waren möglich infolge der streng geschäftsmäßigen Methode der Ware-Houses-Administration. Die beteiligten Organisationen hoffen, daß nachdem in diesem Jahre über 5 Mill. englische Pfund Lebensmittel auf diesem Wege ohne die geringste finanzielle Belastung deutscherseits eingeführt werden konnten, bei normalem Ausbau der Organisation auch weitere ähnliche Ueberweisungen stattfinden können.

Aus Oberschlesien.

Beuthen, 19. Sept. Die Mörder von Josephstal sind auf Anordnung des Kreiskontrolleurs durch Mannschaften der Abstimmungspolizei verhaftet worden. Der Rädelsführer, ein gewisser Baron aus Birkenhein, ist entwischt, er hält sich offenbar jenseits der Grenze auf. Sechs am Morde Beteiligte, sämtlich aus Birkenhein, die im Alter von 18 bis 20 Jahren stehen, sind ins Gefängnis eingeliefert worden.

Neustadt (O.-S.), 19. Sept. Die „Neustadter Zeitung" berichtet von dem Auftreten von Banden im Kreise Neustadt, die es offenbar auf die Bahnstrecke Neustadt—Kandrzin abgesehen haben. Ein Wärterposten wurde überfallen und der Streckenfernsprecher sowie die Telephonleitungen zwischen Basselwitz—Ober—Glogau sind zerstört worden.

Verbandstag der Oberschlesier.

Breslau, 19. Sept. Hier fand am 18. und 19. September der erste Verbandstag der vereinigten Verbände heimatstreuer Oberschlesier statt, auf dem der einmütige Wille der Oberschlesier im Reiche zum Ausdruck kam, Oberschlesien unter allen Umständen beim Reiche zu behalten.

Präsidentschaftskandidaten in Frankreich

Paris, 19. Sept. (Havas.) In den Wandelgängen des Senats scheint man einstimmig den Wunsch zu hegen, an Millerand nochmals heranzutreten, daß er die Kandidatur annimmt. Im gegenteiligen Fall scheint sicher zu sein, daß die Senatoren eine Kundgebung zu Gunsten Léon Bourgeois veranstalten werden. Auch in den Wandelgängen der Kammer hält man es für wünschenswert, daß die Kandidatur Millerand aufgestellt werde, da sie die einzige zu sein scheint, die fast sämtliche Stimmen auf sich vereinigen könne.

Die Pest in Fiume.

Fiume, 20. Sept. Einer amtlichen Mitteilung zufolge sind im Spital von Fiume 4 Fälle von Beulenpest festgestellt worden.

Die New Yorker Opfer.

New York, 18. Sept. (T. U.) Die Zahl der Toten bei dem Explosionsunglück beträgt 23, darunter drei Frauen. Verletzt wurden 200 Personen.

Ein angeblicher Terrorist Fisher, der wegen Drohreden verhaftet worden war, ist als Geisteskranker festgestellt worden.

Weltrevolution.

Von Kurt Heilbut.

Die Weltrevolution ist der Mittelpunkt, um den sich alles bei der kommunistischen Internationale dreht. Der Weltrevolution gelten die theoretischen Auseinandersetzungen. Der Weltrevolution sollen die Thesen und Aufgaben dienen, die sich die Kommunisten auf ihrem 2. Kongreß in Moskau gesetzt haben. Weltrevolution ist die Fata Morgana, die sich in den Augen der russischen roten Soldaten spiegelt, wenn sie in den Kampf stürzen gegen Polen, Engländer, Franzosen und russische Reaktionäre.

Das ist ja schließlich nichts Neues. Neu für uns dürfte höchstens sein, daß die russischen Truppen davon überzeugt sind, daß die Weltrevolution in den Weststaaten bereits heute oder morgen ausbrechen wird. Im Gegensatz zu Lenin, der den Ausbruch frühestens in etwa 10 Jahren erwartet.

Es ist ja auch nichts Neues, daß für die Kommunisten aller Schattierungen die Weltrevolution mit dem Begriff Bürgerkrieg zusammenfällt. Gefährlich wird diese Theorie aber dadurch, daß in dem Kampf um die Richtigkeit der kommunistischen Idee, in dem Streit um die Möglichkeit oder Unmöglichkeit dieser Weltrevolution auch andere — nicht kommunistische Kreise — diese beiden Begriffe in einen Topf werfen. Daß auch Sozialisten und Bürgerliche sich diese Anschauungen zu eigen machen: Weltrevolution und Bürgerkrieg sei ein und dasselbe.

Diese Gefahr ist eine doppelte. Einmal bekommt es den Anschein, als ob alle diejenigen, die den Bürgerkrieg zu verhindern suchen, die den Krieg als solchen aus ethischen oder Vernunftgründen bekämpfen. Es bekommt den Anschein, als ob wir Sozialdemokraten, die wir erkannt haben, daß der Bürgerkrieg in einem industriellen Staat mit Notwendigkeit zum Zusammenbruch der wirtschaftlichen Lebensmöglichkeiten führen muß, die wir den Krieg als etwas Unnatürliches und Unorganisches bekämpfen, als ob wir — indem wir den Bürgerkrieg verhindern — auch die Weltrevolution verhindern wollen.

Die zweite Gefahr besteht darin, daß wir durch unsere Einstellung auf den Gedanken: Weltrevolution = Bürgerkrieg blind werden für alle anderen Möglichkeiten der revolutionären Entwicklung. Daß wir den wirklichen weltrevolutionären Begebenheiten verständnislos gegenüber stehen, und dadurch Gelegenheit und Möglichkeit unbenutzt vorübergehen lassen.

Während die Theoretiker sich nämlich herumstreiten, ob sie kommt oder nicht, und wann sie kommen wird, ist die „Weltrevolution" bereits da in ihren Anfängen und Ansätzen. Denn nicht der Bürgerkrieg zwischen Arbeiterklasse und Bürgertum als solcher, sondern dieses bewußt-selbstverständliche Hineinwachsen der Arbeitermassen in das weltpolitische Geschehen, dieses natürlich-selbstbewußte Eingreifen in die Politik, wie wir es in diesen Tagen seitens der großen Arbeiter-Organisationen erleben — das ist weltrevolutionäre Umwälzung. Das ist das Herumwenden des Staatsschiffes aus der kapitalistischen in die sozialistische Wind- und Wellenströmung.

Sobald wir uns von dem Gedanken freigemacht haben, daß Weltrevolution einzig und allein in einem Bürgerkrieg zur Auswirkung kommen kann, werden wir auch erkennen, daß die Weltrevolution, in deren Anfängen wir bereits stehen, sich keineswegs langsam vollzieht. Sondern selbst im Verhältnis zu unserer schnellebigen Zeit mit einer rasenden Geschwindkeit vor sich geht.

Tut nur die Augen auf und schaut um Euch!

In Deutschland greifen Arbeiterparteien und Gewerkschaften in die Fragen der inneren und äußeren Politik aktiv ein. Nicht immer mit taktischem Geschick. Aber jedenfalls mit der klaren Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse nicht länger das Spielzeug in der Hand bürgerlich-reaktionärer Drahtzieher sein will. Von den Bürgerlichen wird dieser Eingriff in „ihre" Rechte natürlich bitter empfunden. Ihre Blätter haben die „Gefahr" erkannt; sie schreiben geradezu von einer „Nebenregierung". Nur die Kommunisten stehen diesem revolutionären Geschehen grollend und — sagen wir ruhig — verständnislos gegenüber.

Der 9. November 1918, Kapp-Putsch, Deutschlands Neutralität im russisch-polnischen Krieg sind drei Phasen und zugleich drei Etappen für das Eingreifen der deutschen Arbeiterbewegung in die aktive Politik.

In England, jenem Land, in dem heute die politischen Entscheidungen für die ganze Welt getroffen werden, vollzieht sich der Zusammenschluß der Arbeiterklasse mit überraschender Schnelligkeit. Wächst zugleich in der englischen Arbeiterschaft die Erkenntnis von der Bedeutung internationaler Beziehungen. Wächst in ihr das internationale Zusammengehörigkeitsgefühl, welches wir vor dem Krieg gerade bei unseren englischen Brüdern so bitter vermißt haben.

Aber selbst über die nationalen Grenzen hinaus greift die Arbeiterklasse zielbewußt handelnd in das Staaten- und Völkerleben ein.

Die erste gemeinsame internationale Tat war der Boykott gegen Ungarn. Dieser erste Versuch ist mißglückt. Nicht nur aus organisatorischen Schwierigkeiten, sondern zum

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200920-16/fragment/page=0001

großen Teil auch deshalb, wohl, weil dieses Vorgehen ein Angriff war (gegen die Reaktion eines einzigen Landes). Während die wirkliche Kraft der Internationale — wie jeder wirklichen Volksbewegung — in der Verteidigung liegt. Genau so wie ein Volksheer seine höchste moralische und damit auch wirkliche Kraft erst in der Verteidigung entfaltet.

Der russisch-polnische Krieg bot der Arbeiter-Internationale den zweiten Anlaß, in die Weltpolitik einzugreifen. Hier, in der Abwehr gegen das Weiterverbreiten und gegen die Verlängerung des Krieges, wird sie mehr Erfolg haben, hat sie bereits unleugbare Erfolge erzielt. Noch ist hier alles im Fluß, kann ein abschließendes Urteil nicht gefällt werden.

Während die Moskauer Internationale wie hypnotisiert auf den Bürgerkrieg als Weltrevolution starrt, debattiert und „revolutionäre Beschlüsse" faßt, haben sich die vielgeschmähten und verleumdeten Gewerkschaften in Verbindung mit den politischen Arbeiterparteien, die außerhalb der Moskauer Internationale stehen und zum Teil der 2. Internationale angeschlossen sind, längst zu wirklichen revolutionären Taten aufgeschwungen.

Gewiß, die Weltrevolution kommt. Sie ist sogar schon da. Nur anders als die Anhänger der 2. Internationale sie auffassen. Nehmt nur die Moskauer Brille von Euren Augen, versucht wieder marxistisch zu denken und die Dinge marxistisch zu betrachten, und Ihr werdet die Umwälzung, in der wir stehen, die vielleicht die größte Umwälzung (Revolution) aller Völker und Zeiten ist, verstehen lernen.

Dann werdet Ihr nicht länger gleichgültig und verständnislos den Dingen gegenüberstehen. Euch auch nicht mehr von ihnen treiben lassen. Sondern selbstbewußt und handelnd eingreifen in die Geschicke. Dann werdet Ihr selbst Träger und Gestalter werden des weltrevolutionären Geschehens. Dann werdet Ihr es mit jubelnder Gewißheit schauen und fühlen.

Schon leuchten des Sieges Fanale —
Empor! Der Tag bricht ein!

Vor neuen Staatsstreichen?

Die Entwaffnungsaktion hat begonnen und bereits nahmhafte Erfolge erzielt. Vor allen Dingen ist die Ablieferung der Waffen in Berlin ganz überraschend hoch. An den ersten beiden Tagen haben die Abgabestellen nicht einmal genügend Geld gehabt, um all die Abliefernden zu befriedigen. Diese Tatsache ist ein Beweis dafür, daß die städtische Bevölkerung bereit ist, die Waffen niederzulegen und den inneren Krieg zu beenden. Ob die Aktion auf dem flachen Lande die gleichen Fortschritte machen wird, steht dahin und wird mit Recht seitens der Arbeiterschaft sehr bezweifelt.

Als ob diese Zweifel bestätigt werden sollten, taucht plötzlich in der bayrischen Staatszeitung, dem amtlichen Organ der bayerischen Regierung, eine aus der „Humanité" übernommene Meldung auf, wonach die französische Regierung gegen den Fortbestand der bayrischen Einwohnerwehren nichts einzuwenden habe. Ferner erhielt die sozialdemokratische Partei in Bayern von verschiedenen Seiten Nachrichten darüber, daß die Einwohnerwehren anlässig des am 25. September in München stattfindenden Landesschießens den ehemaligen Kronprinzen Ruprecht zum König von Bayern ausrufen wollen. Die Reichswehr werde bei dieser Aktion keine Schwierigkeiten bereiten.

Die bayrischen Reaktionäre, denen es unter der glorreichen Regierung Kahr anscheinend sehr gut geht, halten also ihre Zeit für gekommen. Nach der Meldung der „Humanité", die merkwürdigerweise in Bayern durch Wolffs Büro und die offiziöse „Korrespondenz Hoffmann" verbreitet wurde, läßt erkennen, daß man den französischen Einflüsterungsversuchen nicht unzugänglich war. Frankreich hat durch die Entsendung eines eigenen Botschafters nach München und durch die verfassungswidrige Anerkennung desselben durch die Regierung Kahr den Erfolg des Anwachsens der separatistischen Bestrebungen in Bayern erreicht. Unter Hinansetzung der Reichsinteressen sind die bayrischen Monarchisten drauf und dran, ihr „Ländle" wieder selbständig zu machen, was in diesem Falle gleichbedeutend mit der Loslösung vom Reiche und wie es scheint der Gründung einer neuen Monarchie von Frankreichs Gnaden ist.

Diese arlarmierenden Nachrichten aus Bayern lassen deutlich erkennen, welche Gefahren dem ganzen Reiche drohen, wenn es nicht gelingt, die Entwaffnung des Volkes restlos durchzuführen. Es muß von der Reichsregierung unbedingt verlangt werden, daß die großen Güter in Pommern, Mecklenburg, Ostpreußen usw. der schärfsten Kontrolle unterzogen werden, damit auch nicht eine einzige Waffe mehr in Händen der Reaktionäre bleibt. Wenn die städtische Bevölkerung die, wie das Berliner Beispiel zeigt, ihre Waffen abliefert, den Eindruck gewinnt, daß man es mit der Entwaffnung des flachen Landes nicht so genau nimmt, dann wird auch bei ihr trotz der hohen Prämien einerseits und der drakonischen Strafen andererseits der Ablieferungseifer nachlassen und damit wäre der innere Friede aufs neue gestört und der Bürgerkrieg in erstreckende Nähe gerückt.

Bei der Haltung, die die jetzige Regierung den Agrariern gegenüber eingenommen hat, ist allerdings nicht allzuviel Vertrauen in sie, betreffs der Durchführung der Entwaffnungsaktion zu setzen. Sie wird einseitig, wie sie nun einmal ist, ihr Hauptaugenmerk darauf richten, daß die Stadtbewohner restlos entwaffnet werden, während das Land noch im vollen Besitze derselben bleibt. Diese Entwicklung bedeutet eine größere Gefahr für das Wiederkehren des alten Regimes als die Ententetransporte nach Deutschland. Auch hier wird es notwendig sein, die Regierung zu zwingen, auf dem flachen Lande die Entwaffnung ebenso erfolgreich durchzuführen, wie es durch die Prämie in der Stadt geschieht.

Preußische Landesversammlung.

Wir tragen aus den Verhandlungen vom Freitag noch die Reden unserer Gen. Scholich (Abg.) und Gen. Braun (Ministerpräs.) über Oberschlesien nach.

Vizepräsident Dr. v. **Kries** verliest ein Telegramm aus Sagan, daß die Aufforderung dem „verbrecherischen Treiben der Franzosen und der Polen in Oberschlesien" mit allen Mitteln ein Ziel zu setzen. (Beifall rechts.)

Abg. **Scholich** (Soz.): Das eben verlesene Telegramm kann ich als Oberschlesier in seinem ganzen Umfang nicht billigen (Lebhaftes Hört! Hört! rechts). Weisen Sie, (nach rechts) die Sie schon wieder Hört! Hört rufen, doch einmal Verbrechen nach, die von den Franzosen in Oberschlesien verübt wurden! Durch solche provozierenden Telegramme dient man der Sache Oberschlesiens nicht. Ein derartiges unvernünftiges Vorgehen kann uns nicht weiterbringen. Ich habe als Oberschlesier selbst das lebhafteste Interesse, daß Oberschlesien Deutschland erhalten bleibt, aber gerade deswegen darf nicht mit so unzweckmäßigen Uebertreibungen oder unbeweisbaren Behauptungen gearbeitet werden. Die Behauptung, daß aus Deutschland zugelaufene Sozialdemokraten und Kommunisten sich mit russischen Bolschewisten zu Umtrieben gegen die Polen verbündet hätten, wie Korfanty es behauptet, schlägt jeder Wahrheit ins Gesicht. Von dieser Stelle aus betone ich, daß wir oberschlesischen sozialdemokratischen Agitatoren genau das gleiche Recht haben wie die Polen und uns dieses Recht auch von Korfanty nicht nehmen lassen. (Beifall.) Der Schluß seines provozierenden Aufrufes „Wir sind die Herren des Landes" ist eine ungeheuer freche Anmaßung. (Sehr richtig!) Ich möchte feststellen, daß der Wunsch meiner Parteifreunde und der Gewerkschaften eine paritätische Kommission aus Deutschen und Polen zu bilden leider noch nicht erfüllt ist, so sehr wir uns auch darum bemühen und daß deswegen immer noch Unruhe und Streik in Oberschlesien herrschen. Die deutsche Regierung, insbesondere aber auch die alliierte Kommission muß alles tun, um der gesamten friedliebenden Arbeiterschaft zu ihrem Recht auf Arbeit und Ruhe und Ordnung zu verhelfen. Ich fordere die gesamte friedliebende Bevölkerung auf zum Kampf gegen das Banditentum. Redner legt zum Beleg seiner Behauptung über verschiedene Vorkommnisse Photographien auf den Tisch des Hauses. Die Besserung, die man erwartet hat, ist leider noch nicht eingetreten. Der deutsche Abstimmungskommissar hat erst jüngst noch einmal auf alle diese Vorkommnisse hingewiesen und ausdrücklich betont, daß die deutschen Parteien immer auf dem Boden der Gesetzmäßigkeit geblieben sind und auch weiterhin bleiben. Dem gab auch der jüngste sozialdemokratische Bezirkstag Ausdruck, der am letzten Sonntag stattfand, wo wir ja das nationalistische Treiben ablehnen und die Forderung aufstellten, daß nicht Loslösung Oberschlesiens vom Reich die Parole sei, sondern die Gleichberechtigung aller Bewohner unseres Heimatlandes. Wir bedauern, daß General Le Rond noch nicht öffentlich seine Mißbilligung über die letzten Vorkommnisse ausgesprochen hat. Zur Abstimmung selbst fordern wir vollkommene Freiheit jeder Ueberzeugung und hoffen, daß kein deutscher Oberschlesier, er möge sonst stehen wie er wolle, seine Pflicht versäume, sondern am Tag der Abstimmung sich ausnahmslos zum deutschen Vaterland bekenne. (Lebhafter Beifall.)

Ministerpräsident **Braun:** Mit inniger Anteilnahme und tiefer Empörung verfolgt die Regierung den Kampf der oberschlesischen Bevölkerung gegen die polnische Soldateska und die aufgehetzte polnische Volksmenge. Der heutige Augenblick ist nicht geeignet, Vorwürfe gegen die Regierung zu erheben. Die Regierung ist dauernd bemüht, die Oberschlesier zu schützen und diese wichtige Provinz dem Vaterlande zu erhalten. Das wird auch in Zukunft geschehen. Direkte Verhandlungen mit den Alliierten sind allerdings nicht unsere Aufgabe, sondern Aufgabe der Reichsregierung. Auch sie ist für Oberschlesien energisch eingetreten. Ob durch eine schärfere Tonart etwas mehr zu erreichen wäre, möchte ich im Hinblick auf die ungleichen Machtverhältnisse bezweifeln. Taten, wie sie in Breslau vorgekommen sind, helfen den Oberschlesiern jedenfalls gar nicht. (Lebhafte Zustimmung links) Die Vorkommnisse zeigen, daß das Versailler Gewaltdiktat nur der Völkerzerfleischung dient. Der Friede wird hier zur blutigen Farce herabgewürdigt. Alle Nachrichten aus Oberschlesien beweisen, daß die Polen versuchen mit Gewalt zu erwerben, was sie durch Abstimmung nicht mehr glauben erlangen zu können. Sie scheinen wenig Vertrauen in die Werbekraft ihrer nationalen Idee zu setzen. (Sehr richtig!) Die interalliierte Kommission zeigt, daß sie nicht willens ist, das oberschlesische Volk vor polnischen Brutalitäten zu schützen. Wir rufen die Entente zur Erfüllung ihrer Pflichten auf, die deutschgesinnte Bevölkerung vor polnischem Terror und den Schandtaten polnischer Mordbuben zu schützen. (Lebhafter Beifall.) Wir danken den Oberschlesiern für die Standhaftigkeit, mit der sie die Fahne des Deutschtums gegen den Ansturm des Polentums hochhalten. (Erneuter Beifall.) Mit dem Herzen sind wir bei ihnen. Wenn sie aushalten in diesem Kampfe, wird die Abstimmung in diesem alten Land sich zu einem Sieg des Deutschtums gestalten. (Lebhafter Beifall!)

Schwere Anschuldigungen gegen Minister Hermes.

Gegen den Reichsernährungsminister Hermes werden zur Zeit in einem Teil der Presse schwere Vorwürfe erhoben, die auf einen Brief zurückzuführen sind, den der Spezialreferent für Stickstoff-Düngewesen im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Lavalle bei seinem freiwilligen Ausscheiden aus dem Amt an seinen früheren Chef gerichtet hat und auf den bisher irgendwelche Maßnahmen des Ministers nicht erfolgt sind. In diesem Briefe heißt es:

Als Sie, Herr Minister, noch selbst Karriere zu machen suchten, haben Sie den Düngerstickstoffausschuß stets als ein Paradepferd vorzuführen gewußt, wo es angebracht schien. Das Ansehen dieses Ausschusses war auch in der Außenwelt tadellos, bis zu dem Zeitpunkt, wo unglaubliche Gerüchte in der Oeffentlichkeit auftauchten, denen leider Tatsachen zugrunde lagen, für die nach der Aussage des auch jetzt noch Ihr Vertrauen genießenden Stickstoff-Kassenführers, Herrn Ministerialsekretärs Funke, Sie, Herr Minister, selbst die Veranlassung waren.

Auf Ihre Veranlassung wurde, wie ich behaupte, gesetzwidrig die Preisausgleichsstelle für Stickstoffdüngemittel veranlaßt, aus der zugehörigen Preisausgleichskasse „vorschußweise" und „aushilfsweise" insgesamt beinahe eine halbe Million Mark vorzustrecken, damit unter anderem Sie ein würdiges Ministerzimmer (ca. 87 000 M Wert) und ein würdiges Ministerauto (280 000 M. Preis) sich zulegen konnten. Eine ganze Anzahl weiterer Posten, die von unparteiischer Seite beanstandet wurden, wurden ebenso „verauslagt" aus Geldern der Landwirtschaft, die die Preisausgleichsstelle zu treuen Händen zu verwalten die Pflicht hatte. Die ganze Kassen- und Geschäftsführung dieser Stelle zeigt derartige scheinbar nicht unabsichtliche Unklarheiten, daß schwere Bedenken gegen ein derartiges Gebaren durchaus berechtigt sind. An diesen Tatsachen ändern weder Kassenberichte äußerst wohlwollender Beurteiler aus Industrie und Handel etwas, noch die eigenen Feststellungen nicht entsprechender Schlußfolgerungen eines von mir zugezogenen Bücherrevisors, der schließlich nur die rechnerische Seite, nämlich die Kassenführung, nicht aber die materielle Seite der Geschäftsführung zu prüfen plötzlich sich beauftragt fühlte. Trotz allem suchte man in Ihrem Amt auf einen von allen beteiligten Stellen der Landwirtschaft und Industrie als recht ungewöhnlich angesehenen Weg alle anderen Preisausgleichskassen in den Händen desselben Herrn Funke, der nach wie vor Ihr ganzes Wohlwollen genießt zu vereinigen.

Meine etwas strenge, aber normale Auffassung von den sachlichen Pflichten eines Referenten vereitelte diesen Plan. Wiederholt mußte ich pflichtgemäß Bedenken hegen gegen Vorkommnisse, die meines Erachtens in einer Zentralbehörde ausgeschlossen sein sollten. Alles dies machte mich unbequem. Es begann ein Drangsalieren, das auch schließlich auf das ganze Düngerreferat sich erstreckte, und nur die Liebe zur Sache ließ uns Referenten trotz der üblen Behandlung, die man uns angedeihen ließ, weiter unsere Pflicht tun. Durch Ihre letzten Verfügungen, die der Düngerwirtschaft die seit Jahren hierin betätigte Kraft des Regierungsrats Dr. Bittong entzieht, die mich von dem von mir ausgebauten Stickstoffreferat entfernt, ohne mir die erwähnte Aussprache zu gewähren, sehe ich die Unmöglichkeit einer weiteren ersprießlichen Betätigung meinerseits in einem Ministerium, dessen Chef in

---

Butu Simba's Mission in Europa.

Eine Negergeschichte von H. Thurow.

15. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Aber der würdige Große fuhr sich mit der Hand über die gefurchte Stirn und sagte voller Ruhe:

„I, so muß ich es mit einer anderen Variante (Abart) des Bantu-Idioms versuchen." Und in der Schatzkammer seiner Negervokabeln suchend, stellte er seine Zunge auf eine andere Sprache ein.

Auch jetzt blieb Butu stumm.

Die Autorität wurde ungehalten.

„Versuchen Sie es, meine Herren," sagte sie mit scheinbarer Gleichgültigkeit, „der Mann ist natürlich sehr primitiv!"

Die Jüngeren kamen gern der Aufforderung nach. Aber Professor Neumüller, ein Ethnograph, hatte nicht mehr Erfolg als der Geheimrat. Es war das kuriosesste Examen, das je in der Fakultät stattgefunden hatte.

Aber ein Kollege Neumüllers, der Geograph Langbein, der auf den Spuren Schweinfurts und Nißmanns weite Ausflüge ins Innere Afrikas gemacht hatte, fand wenigstens Zutritt zu Butus sprachlicher Wissensdomäne. Seinen langen Knebelbart streichend, brachte er einige Worte zusammen, in denen Butu einen Sinn entdeckte. Und nun erging sich der Neger, sehr erfreut, einmal wieder heimatliche Laute zu hören, in so ergiebiger Gegenrede, daß der Herr Geograph den eben gefundenen Faden wieder völlig verlor.

Da räusperte sich die Exzellenz und sagte obenhin:

„Dieser Neger spricht nach den experimentell gewonnenen Resultaten der Philosophie sein Idiom aus. Wir befinden uns hier zweifellos einer phonetischen (die Aussprache betreffenden) Entartung gegenüber, oder einem belanglosen Dialekt, dessen Geheimnisse für uns keinen Wert haben."

Und als Butu Simba, einmal im Zuge, noch weiter plapperte, hob die Exzellenz den Zeigefinger und unterbrach den Sprechenden mit Entschiedenheit.

Sich wieder den Herren Kollegen zuwendend, bemerkte sie: „Für das Linguistische (Sprachliche) wird uns der Mann vielleicht nicht viel nützen. Wir müssen da sorgfältig zu Werke gehen. Wertvollere Aufschlüsse mögen sich aus seiner Durchforschung in bezug auf die noch schwebende Frage der Deszendenz (Abstammung) ergeben."

Die Herren nickten nachdenklich. Dann begannen sie mit den Fingern auf einer Wandkarte herumzusuchen, um das Gebiet festzustellen, wo Butu beheimatet war. Auch blätterten sie in dicken Büchern mit Spezialkarten. Endlich sagte der Geograph Langbein:

„Wahrscheinlich gehört die Niederlassung, aus der der Mann kommt, noch zu Neukamerun, ganz im Süden, zwei Komma sechs Grad nördlicher Breite."

Der Sprecher äußerte diese Meinung mit fachmännischer Bestimmtheit und streichelte sich behäbig lächelnd seinen langen Knebelbart.

Die anderen folgten seinem Hinweis in ihren Kartenwerken. Da sagte die große Exzellenz erstaunt:

„So würde der Mensch ja eigentlich aus unserem Schutzgebiet stammen, wäre mithin deutscher Untertan."

Die übrigen Herren wunderten sich ebenfalls. „Gewiß!" bemerkte Ethnograph Neumüller, „er wäre somit Kolonialdeutscher, und da er gegen uns Krieg führte, sich mit unseren Feinden verbündete, würde er ja eigentlich der Fahnenflucht schuldig sein!"

Die Herren wiegten die Köpfe gegeneinander und warfen durch ihre Brillen Butu scharfe Blicke zu.

Aber die Exzellenz richtete sich höher auf und machte eine gebietende Handbewegung, die ungefähr besagen sollte:

„Derartige, für die Wissenschaft an sich ganz nebensächliche Fragen existieren natürlich für uns nicht! Die rein objektive Forschung ignoriert belanglose Aeußerlichkeiten! Jawohl, meine Herren," so wollte der Geheimrat sagen. Was er aber in Wirklichkeit sagte, war nur, daß man ja später sehen könne . . . und daß übrigens auch der Prinz, der dem Institut in zuvorkommender Weise diesen Farbigen überweisen ließ, nach den politischen Verhältnissen des Objekts nicht gefragt habe.

Die Kollegen pflichteten ihrem Vorgesetzten ganz bei. Sie klappten ihre Bücher zu, erhoben sich und sprachen nach von anderen Dingen. Die Wärter kamen, um Butu wieder in Empfang zu nehmen. Der Geograph aber wandte sich noch einmal dem Neger zu. Er bot ihm eine Zigarette und suchte sich obenhin mit ihm anzufreunden. Am Ende konnte ihm der Bursche für seine philosophischen Studien noch nützlich werden. Außerdem erschien es ihm als ein interessantes Problem, diesen Wilden ein wenig zu erziehen und sein Hirn durch allmähliche Einführung in die Vorstellungswelt der modernen Kultur gewissermaßen einer Belastungsprobe zu unterwerfen.

*

Nach dieser ersten Begegnung mit dem kleinen Kreise der Auserwählten wurde Butu einige Tage später aufs neue in die Lehranstalt geführt. Eine anbefohlene Säuberungsprozedur, in welcher ihn derbe Wärterhände unterstützten, bereitete ihn auf ein besonderes Erlebnis vor. Diesmal brachte man ihn in den oberen Hörsaal, vor dessen Eingang er seiner oberen Leibeshülle entledigt wurde. Als er eintrat, sah er unzählige Augen auf sich gerichtet, zumeist jugendlich fröhliche, verwunderte oder spöttische Augen. Sie standen in den Köpfen glatt gescheitelter oder auch wirrhaariger Herrelein; andere leuchteten sanfter, wie blaue Blüten, aus dem holdlinigen Antlitz junger Damen.

Butu wurde in der Nähe des Podiums ein Holzbänklein angewiesen. In seiner Nähe gewahrte er einige der großen, ihm schon bekannten „Massa." Der Geograph Langbein grüßte ihn lächelnd wie einen alten Freund. Das tat ihm wohl, denn die ungewohnte, lebendige Umgebung und die völlige Unkenntnis dessen, was ihm bevorstand, lasteten auf seiner Seele. Seine Befangenheit verwandelte sich in einen leisen Schrecken, als ein Wärter mit einem höchst sonderbaren Gegenstand durch eine Seitentür in den Saal trat und das Ding ganz in seiner Nähe abstellte.

Was war das? Butus große Augen verschlangen fast das gebrachte Objekt, das nichts anderes war, als das Knochengerüst eines jungen Affen.

Durch die Zuhörerschaft ging eine Bewegung schlecht gebändigter Heiterkeit. Butu blickte wie forschend um sich — das windige Skelett an seiner Seite, die vergnügten Gesichter der Studenten — was sollte die Luderei bedeuten? Wie in jähem Grimm zuckte sein mächtiger Körper auf, aber ein unbestimmtes Gefühl der Furcht und Ratlosigkeit ließ ihn die Schultern wieder einziehen.

Jetzt kam der vortragende Geheimrat, die Leuchte der Anthropologie. Groß und ernst wie immer, seine Heftmappe unter dem Arm, die wulstige Stirn überladen mit angefüllter Wissenschaft, trat er ans Pult.

Ein beifälliges Gemurmel der jungen Akademiker begrüßte die Autorität.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200920-16/fragment/page=0002

wohlwollenden Versprechungen besonders leistungsfähig ist, dem aber das Halten eines gegebenen Wortes nicht zu Selbstverständlichkeiten gehört.

Die hieraus sich für mich ergebenden Folgerungen ziehe ich hiermit und scheide demgemäß aus freien Antriebe sofort aus meinen Stellungen als Referent und Geschäftsführer des Düngestoffaustauschusses aus, die mit Lust und Liebe zur Sache auszufüllen mir nach diesem Vorgehen nicht mehr möglich ist.

In der Freitag-Sitzung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses sind — so bemerkt der „Vorwärts" — diese Vorwürfe gegen den Minister von einem unabhängigen Abgeordneten zur Sprache gebracht worden. Der Minister erklärte darauf, daß diese Angriffe gegen ihn von einem Beamten ausgingen, der die erhoffte Beförderung nicht erfahren habe und nun nachträglich sich dafür durch diese „Enthüllungen" zu rächen suche. Der Minister gab die behaupteten Tatsachen im wesentlichen als richtig zu, erklärte jedoch die vorgenommenen Anschaffungen für durchaus notwendig und seine Handlungsweise für einwandfrei. Da die Angelegenheit nicht zur Zuständigkeit des Volkswirtschaftlichen Ausschusses gehört, wurde von einer Erörterung abgesehen, da sie Sache des Hauptausschusses bezw. des Plenums des Reichstages sei.

*

Das Verbrechen des Ministers Hermes besteht nicht in diesen Machinationen allein, sondern in seiner entsetzlichen Verständigung an der deutschen Volksernährung. Unter der Aegide des Herrn Hermes sind wüste Angriffe gegen den Reichsausschuß für Oele und Fette gerichtet worden. Herr Hermes hat ihm auf der Stelle verboten weiter zu kaufen und wiederholt sein Aufhören angezeigt. Jetzt haben nicht nur die Oelmühlenindustrie, sondern auch der Oelhandel offen erklärt, nur das Reich könne weiter kaufen; sie lehnten das Risiko ab. Die Politik des Herrn Hermes hat bankerott gemacht, der Reichsausschuß ist glänzend gerechtfertigt, die verhaßte Reichsstelle als Notwendigkeit erwiesen. Das steht in derselben Nummer der „Morgenpost" im sachverständigen Handelsteil, in der ein höchst ununterrichteter Politiker im politischen Teil die sozialdemokratische Lebensmittelpolitik in Grund und Boden verfluchen möchte.

Die Zwangswirtschaft war in der Tat zusammengebrochen. Aber die freie Wirtschaft bedeutet den sofortigen Ruin, der Versuch mit ihr Milliardenverluste. Die Aufgabe des Ernährungsministers wäre gewesen, die Zwangswirtschaft in Planwirtschaft umzubauen. Herr Hermes hat vollkommen versagt, er hat keinen Plan, keine Idee, kein Wissen, kein Können gehabt, er hat uns untätig ins Verderben treiben lassen. Damit ist Herr Hermes ein typisches Mitglied des neuen sozialistenreinen Ministertums geworden, das an Leistungsunfähigkeit unvergleichlich und unübertrefflich ist. Je länger es im Amte bleibt, desto größer wird der Schaden, den es anrichtet.

Festgenagelter Verleumder.

Deutschnationale Hetzlügen vor Gericht.

Vor der Bochumer Strafkammer stand als Angeklagter der Konditor Menneles aus Bottrop. Der Anklage lag die Behauptung des Angeklagten zugrunde: Minister Severing habe für die Freigabe eines Waggons Schokolade 32 000 Mark Schmiergelder erhalten. Vor Eintritt in die Hauptverhandlung erklärte der Verteidiger des Angeklagten, daß der Angeklagte sich von der Unwahrheit seiner Behauptung überzeugt habe, und schlug dem als Nebenkläger erschienenen Minister Severing folgende Erklärung des Angeklagten vor:

Ich habe mich überzeugt, daß die Behauptung, Minister Severing habe für die Freigabe eines Waggons Genußmittel 32 000 Mark Schmiergelder erhalten, vollständig unhaltbar ist, und zahle an die Armenkasse der Stadt Bochum 150 Mark als Buße, übernehme alle aus dem Prozeß entstandenen Kosten, außerdem die Veröffentlichung dieser Erklärung im „Berliner Tageblatt", in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung" und im „Dortmunder Generalanzeiger".

Minister Severing zog daraufhin als Nebenkläger den Strafantrag zurück, da er kein Interesse an der Bestrafung der kleinen Schächer habe und die Hauptschuldigen in der Redaktion des „Freien Wort" und der „Freien Meinung" sitzen, die in den nächsten Wochen vor der Strafkammer in Essen bezw. Düsseldorf und Bochum als Gast erscheinen werden. Ausschlaggebend für die Zurücknahme des Strafantrags gegen Menneles war noch der Umstand, daß wegen eventueller Unzuständigkeitserklärung der Bochumer Strafkammer die Sache nur verschleppt worden wäre.

Die schwarze Schmach.

Um die innere Berechtigung der ihnen äußerst unbequem gewordenen Agitation gegen die Verwendung schwarzer Truppen in den Rheinlanden vor der Oeffentlichkeit besser bestreiten zu können, haben die Franzosen bekanntlich zu der Tatsache gegriffen, daß Ausschreitungen schwarzer Truppen zumal gegen die weibliche Bevölkerung womöglich glattweg geleugnet oder Berichte darüber als Erlehnisse einer gewissenlosen, haßerfüllten antifranzösischen Propaganda oder doch wenigstens als maßlose Uebertreibungen hingestellt werden. Um so energischen muß es unterstrichen werden, wenn einmal die französische Behörde selbst sich gezwungen sieht, in dem einen oder anderen Fall die ganze Schwere eines von Schwarzen verübten Verbrechens durch die Höhe der Strafe vor aller Welt wenigstens indirekt einzugestehen. Man entsinnt sich wohl noch des Falles Eva Luy, Weisenau bei Mainz, über den seinerzeit die Presse ausführlich berichtete. Das Mädchen wurde am Morgen des 1. Mai 1920, als es von der elterlichen Wohnung nach dem Bahnhof ging, von einem marokkanischen Posten in einen Fuhrpark an der Straße gezogen, zwischen zwei Wagen eingezwängt und dann vergewaltigt. Heute wird nun bekannt, daß das französische Kriegsgericht in Mainz den Verbrecher, den Marokkaner Abder Rahman, am 23. Juli zu zehn Jahren Zwangsarbeit, militärischer Degradation und zehn Jahren Aufenthaltsverbot verurteilt hat.

Gott schütze mich vor meinen Freunden.

Am Donnerstag ist der in Aussicht genommene Berliner Stadtschulrat Dr. Löwenstein in einer Versammlung des Berliner Lehrervereins durch die Sprengkolonnen eines deutschnational-antisemitischen Jahnhagels dem auch ein Teil der Jugenderzieher zuzurechnen ist, am Reden verhindert worden. Obwohl freie Aussprache zugesichert war, ließen die teutschen Radauhelden Löwenstein gar nicht erst zu Worte kommen, sondern johlten, brüllten und pfiffen ihn nieder. Vor diesem politischen Rowdytum in ihren Reihen beginnt selbst den ernsthaftesten Konservativen bange zu werden. So schreibt tags darauf die „Kreuzzeitung":

„Wir bedauern lebhaft, daß Dr. Löwenstein durch Sprengung der Versammlung am Reden verhindert worden ist. es heißt doch den kritischen Sinn der Lehrerschaft recht niedrig einschätzen . . . War es also schon aus den in der Sache selbst liegenden Gründen unzweckmäßig, den Vortrag zu verhindern, so müssen wir diese Rowdypolitik grundsätzlich aufs Schärfste verurteilen. Sie verrät kein großes Zutrauen in die überzeugende Kraft der eigenen Sache und würde, wenn in der Großstadt allgemein eingeführt, die Abhaltung nationaler Versammlungen zu mindesten nicht erleichtern. Auch ist es falsch, die politische Energie auf Irrwege abzulenken. Manche Leute mögen sich ja wunder wie groß vorkommen, wenn sie mit Hausschlüsseln und anderen Lärminstrumenten wirksam gegen unliebsame Redner operiert haben. In Wahrheit ist die politische Leistung, die sie damit vollbracht haben, herzlich gering, und die nationale Bewegung tut gut, sich solche Rowdypolitiker mit aller Entschiedenheit vom Leibe zu halten."

Die Stimme der Kreuzzeitung wird die des Predigers in der Wüste bleiben. Dafür bürgt schon die hämische Genugtuung, mit der die übrige deutschnationale Presse die Niederbrüllung Löwensteins registriert, und die warme Sympathie, die sie den Rowdyhelden bekundet, deren Abschüttelung die Kreuzzeitung empfiehlt. Das politische Rowdytum bildet eben einen wesentlichen Bestandteil der deutschnationalen Agitation, wie unzählige Vorfälle aus früherer Zeit beweisen.

Deutschnationale Jugendverhetzung.

In Dresden erscheint eine deutschnationale Jugendzeitung, die an Verhetzung das Aeußerste leistet. Wir zitieren aus Nr. 21 einen Absatz, der sich mit dem Streich an der französischen Botschaft befaßt:

Ebert der Ehrlose und seine ebenso ehrlosen Genossen scheinen auch das Gefühl für völkische Solidarität nicht zu kennen. Die Ermordung des deutschen Konsuls in Tätris und das Attentat auf Hindenburg ließ die Herren kalt; es handelt sich ja nur um beste deutsche Männer. Während sie sich aber in Spa alles gefallen lassen, treiben sie die Bedientenseligkeit dem Feinde gegenüber bis zur Entstellung von Tatsachen und zur hündischen Winkelei! Verlangen die Herren denn eigentlich, daß sich das deutsche Volk das noch lange gefallen läßt?! Wir können ihnen nur versprechen, daß wir alles tun werden, was in unserer Macht steht, um so oft wie möglich und bei jeder Gelegenheit das nationale Ehrgefühl zu betonen, wenn es die Regierung nicht tut, daß wir alles tun werden, um die endgültige Hinausbeförderung der Ententekommissionen und ihrer Helfershelfer im Laufe der Zeit vorzubereiten, wenn nicht im guten, dann im bösen.

Dem Schreiber dieser Sudelei und dem Redakteur, der sie verantwortet, scheint wohl eine Entschuldigung zuzubilligen sein, nämlich die, daß sie noch nicht trocken hinter den Ohren sind.

Stoßtrupp mit Trillerpfeifen.

Das „Hamburger Echo" veröffentlicht folgende Einladung, die ihm zugeflogen ist:

Hamburg, den 12. Scheiding (auf Deutsch: September! Red. d. „V.") 1920.

Euer Hochwohlgeboren!

Am 16. Scheiding will der Jude Dr. Magnus Hirschfeld im Konventgarten einen Vortrag halten. Sie werden höflichst ersucht, sich mit einer Trillerpfeife und sonstigen brauchbaren Utensilien dortselbst pünktlich einzufinden. Bitte Galerie oder rechte Saalseite!

Stoßtrupp der Deutschvölkischen Bünde.

Inzwischen ist der 16. „Scheiding" vorüber und wir wissen nicht, ob es dem tapferen Stoßtrupp gelungen ist, Herrn Dr. Hirschfeld niederzutrillern. Die Hamburger Hakenkreuzler zeigen ihr tiefes Verständnis für alle Gebiete der Kultur; erst wurde Moissi bei einem künstlerischen Vortrag niedergebrüllt und nun kommt die Wissenschaft an die Reihe. Deutsche Kultur im 20. Jahrhundert!

Regierungssehnsucht.

Nicht nur die bürgerlichen Parteien zerbrechen sich die Köpfe darüber wie sie uns wieder einen Pack Regierungssorgen aufladen können, auch die Unabhängigen wollen zeigen, daß sie etwas ähnliches wie einen Kopf haben mit dem sie auch nichts Besseres anzufangen wissen wie die Bürgerlichen. Es war ja auch immer zu bequem auf die sozialistische Regierung schimpfen zu können und sie für alle Uebelstände verantwortlich zu machen. Man sehnt die Zeit herbei, wo das wieder so ist, und glaubt nun in allen möglichen Anzeichen konstatieren zu können, daß es gar nicht mehr lange dauern wird. Trotzdem man feststellen muß, daß Scheidemann nichts vom Eintritt in die Regierung wissen will, so teilt man doch triumphierend mit, daß 36 Ortsgruppen der S. P. P. sich dafür ausgesprochen haben. Wenn die Zahl wahr sein soll — von wannen die Weisheit kommt, erfährt man nicht — so bedeutet das im Vergleich zu den vielen tausend Ortsgruppen eine verschwindende Minderheit. Darum muß es ausposaunt werden wenn eine größere Ortsgruppe Stellung dazu nimmt, wie am Mittwoch vergangener Woche die Parteiorganisation in Magdeburg. Sogar Wolffs Telegraphenbüro nimmt sich dieser Angelegenheit an. Die Magdeburger „Volksstimme" schreibt in ihrem Bericht von einer Generalversammlung, die Stellung zu den politischen Zeitfragen nahm, folgendes über die Beteiligung an der Regierung:

Vom Bezirk Sudenburg ist folgender Antrag eingegangen:

Der Parteitag möge erwägen, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion aufzufordern, alle parlamentarischen Machtmittel zur Eroberung der politischen Macht zu benutzen und eine Regierungsbildung anzustreben, in der die Sozialdemokratie vertreten ist. Nur von dem Mitwirken der Sozialdemokratie in der Regierung erhoffen wir eine Gesundung unsrer Verhältnisse.

Genosse Wittmaack führt dazu aus: Es spricht viel gegen und viel für einen Eintritt in die Regierung. Die Volksparteiler möchte jetzt die Sozialdemokratie zum Eintritt bewegen, weil sie die Verantwortung für die kommenden schweren Monate nicht allein tragen will und die Sozialdemokratie als Prügelknaben benutzen möchte. Für einen Eintritt spricht das Erstarken der Reaktion. Im Augenblick die Frage zu entscheiden, ist nicht ohne weiteres möglich. Die Breslauer Parteigenossen haben den Antrag auf Auflösung des Reichstags gestellt. Dieser Weg eröffnet die Möglichkeit einer Regierungsbildung auf der Grundlage vor dem 6. Juni. Ich bitte, auch unsern Antrag so aufzufassen. Der Antrag wird darauf einstimmig angenommen.

Voraussetzung bei den Magdeburger Parteigenossen war, wie ein jeder lesen kann, daß Neuwahlen stattfinden, ehe an eine Beteiligung unserer Partei an der Regierung gedacht werden kann. Niemals würden auch sie in ein Kabinett mit Einschluß der Volkspartei eintreten wollen. Das macht die Sache doch etwas anders.

Auch aus diesem Bericht ist zu ersehen, daß die ganze Erörterung nur mehr akademischer Art war und die könnte noch ein wenig fortgesetzt werden. Was glaubt denn die U. S. P. leisten zu können, wenn sie Magistratsposten und Landratsämter besetzt, wenn sie sich nicht scheut nötigenfalls Regierungs- und Oberpräsidenten aus ihren Reihen zu stellen, es aber aus Prinzip ablehnt, den letzten Schritt zu tun und den höchsten Verwaltungsposten im Lande, den Ministersitz, in den Kreis ihrer Wirksamkeit zu ziehen. Soll das wirklich nur aus der Reinheit der grundsätzlichen Handlungsweise zu erklären sein? Es ist weiter nicht als Furcht vor Verantwortung, nichts weiter als Furcht vor dem letzten Schritt.

Scheugewordene Pferde, die nach allen Seiten hin ausschlagen, in dieser Gestalt zeigen sich die Unabhängigen in der Politik.

Inland.

Gegen die Ernährungspolitik System Hermes.

Die Sozialdemokratische Fraktion der Preußischen Landesversammlung hat durch die Abgeordneten Hauschild, Siehring, Peters und Genossen folgende große Anfrage (Interpellation) eingebracht:

„Infolge Freigabe der Kartoffelbewirtschaftung und der bevorstehenden Aufhebung der Fleischbewirtschaftung ist eine so enorme Preissteigerung für Kartoffeln und Vieh eingetreten, daß eine ausreichende Versorgung der mindestbemittelten Bevölkerung vollständig unmöglich gemacht worden ist. Neue Unruhen und Erschütterungen des Wirtschaftslebens sind infolgedessen zu befürchten. Welche Schritte gedenkt die Staatsregierung einzuleiten, um das zu verhindern?"

Bilder polnischer Kleinarbeit in Oberschlesien.

Wie den „P. P. N." aus unterrichteten Kreisen mitgeteilt wird, teilen die Polen schon die preußischen Domänen auf, allerdings auf dem Papier, um deutsche Bauernstimmen zu fangen. So forderten sie in Biskupitz die Bevölkerung durch Plakate auf, ihren Bedarf an Acker dem Gemeindeschöffen Zwack anzugeben. Den sich meldenden Leuten wurde Acker, der zur Domäne Biskupitz gehörte, zugesagt, sobald Biskupitz polnisch werden würde, was ja doch nur eine Frage der Zeit sei. Dazu schreibt die „Oberschlesische Volksstimme": „In Polen wird mit der Knute ausgeteilt, aber nicht Land ausgeteilt werden. Es liegt Methode darin, wie seit einiger Zeit in polnischen Blättern über Personen, die den Polen unbequem sind, Verdächtigungen verbreitet werden. So wird zum Beispiel in Nr. 209 des „Katholik" behauptet, zwei Grubensteiger beherbergten deutsche Agitatoren. Wie festgestellt wurde, handelte es sich um Besuch von Verwandten, darunter ein armer Student, der in Grubenarbeit sein Fortkommen sichern will. Die Polen schimpfen ihn einen Spitzel und verdächtigen den Steiger, er habe ein Waffenlager im Hause. Ja, man bedroht die ganze deutschgesinnte Familie mit dem Tode. Man will eben diese Deutschen, die Einfluß haben, vertreiben."

Die polnische Polizei macht die Sache einfacher. Die „Oberschles. Volksztg." vom 14. 9. berichtet, ein auf der Myslowitzer Grube beschäftigter Häuer, der sich dort seit 1918, in Oberschlesien aber seit 1915 aufhalte, wurde vor die polnische Polizei geladen. Hier wurde ihm eröffnet, daß er „Ausländer" sei, weil er keine zehn Jahre in Myslowitz ansässig sei. Bis zum 7. September habe er den Ort zu verlassen.

In allen solchen Fällen beschweren sich die Deutschen bei der Interalliierten Kommission, natürlich immer ohne Erfolg.

Ausländische Konsulate in Berlin.

In Berlin ist ein Peruanisches Konsulat (vorläufig Paulsbornerstraße 1 — Uhland 7302 —) errichtet werden. Leiter: Wahlkonsul Dr. Federico Gildemeister. Amtsbezirk: Provinz Brandenburg.

Das Brasilianische Konsulat in Berlin befindet sich vorläufig Kaiserin Augusta-Straße 75.

Der „Frankensegen".

Die „P. P. N." erhalten aus dem Saargebiet folgendes charakteristisches Stimmungsbild über die durch die Frankenlöhnung im Bergbau des Saargebietes hervorgerufenen Verhältnisse:

„Die Bergleute im Saargebiet haben nun auch mit dem Franken spekulieren gelernt. Die erste Frage, wenn der Bergmann aus der Grube kommt, lautet: Wie steht der Franken? Da auch die Söhne der Bergleute seit altersher im Bergbau beschäftigt sind, so kommen in den meisten Familien eintausend bis zweitausend Franken im Monat ein, und wer sein Geld nicht braucht, der spekuliert damit. Vor kurzem stand der Franken auf 3,36, acht Tage später war der Kurs schon 3,60, das bedeutete für den, der jetzt seine Franken verkaufte, schon einen Gewinn von 240 Mk. für tausend Franken. Wer zu diesem Preise noch nicht verkaufen wollte, hätte am nächsten Tage schon hundert und am übernächsten schon 200 weniger erhalten, denn der Franken sank auf 3,40 und hielt sich ziemlich fest auf dieser Höhe. Wer nicht unter diesen „Frankensegen" fällt, der ist übel dran und kann sich kaum das allernotwendigste zum Leben erwerben."

Hölz wieder im Vogtland!

Nach einer Mitteilung Leipziger Blätter hat die sächsische Regierung bei der tschechischen Regierung Erkundigungen eingezogen und dort die Bestätigung bekommen, daß Hölz vor einigen Tagen aus dem Sanatorium geflüchtet sei. Die sächsische Regierung vermutet, daß sich Hölz nach dem Vogtland gewandt hat, eine Vermutung, die sich allem Anschein nach ebenso bestätigt wie die Flucht. Der Verleger der „Vogtländischen Nachrichten" in Auerbach, Hans Eichstedt, soll einen von Hölz in Falkenstein zur Post gegebenen Drohbrief erhalten haben. Hölz erklärt in dem Drohbrief, daß er dem Zeitungsverleger in kurzer Zeit für sein lebhaftes Interesse in dem Prozeß gegen die vogtländischen Kommunisten und für seine „Verleumdungen" seinen persönlichen Dank abstatten werde.

Ausland.

Sozialistischer Wahlsieg in New York.

New York, 18. Sept. Die Nachwahl in fünf Bezirken New Yorks, deren sozialistische Vertreter im Staatsparlament seinerzeit als „Bolschewisten" ausgeschlossen worden waren, hat einen glänzenden Wahlsieg der Sozialisten über die gemeinsame Liste der Gegner ergeben.

Eine Bahn in Irland lahmgelegt.

Die Great Northern Eisenbahngesellschaft in Irland hat mitgeteilt, daß infolge der Weigerung einer Anzahl von Angestellten der Gesellschaft, Züge zu fahren, die Polizei oder

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200920-16/fragment/page=0003

Militär befördern, alle Zugverbindungen zwischen Dundalk und Enniskillen und auf den anschließenden Linien für unbestimmte Zeit eingestellt werden. Desgleichen wurde mitgeteilt, daß der Dienst zwischen Dublin und Belfast eingeschränkt werde.

London, 18. Sept. (Hollandsch Nieuwsbureau.) Vierzehn Bürger drangen in das Gebäude der kooperativen Heer- und Flottenliga in Dublin ein, knebelten den Wärter und stahlen sechs Kisten Munition. Der Postzug von Dublin wurde in Cork von Militär angehalten, alle Briefe aus dem Zuge genommen, nach der Kaserne gebracht und zensiert.

Lloyd George hat den hungernden Bürgermeister ärztlich untersuchen lassen, von Freilassung ist aber keine Rede.

Dublin, 19. Sept. In Abbeyfeal in der Grafschaft Limrick wurde eine Polizeipatrouille überfallen. Ein Polizist wurde getötet und zwei andere verletzt. Die Polizei umzingelte am Sonntag in Enniscorthy in den Bergen von Wicklow eine große Anzahl Männer, die militärischen Uebungen oblag. Es kam zu einem Gefecht, bei dem einige der Männer getötet und zahlreiche verwundet wurden. Die Polizei nahm mehrere von ihnen gefangen.

Die Bergarbeiterbewegung in England.

London, 17. September. Der Vollzugsausschuß der Bergarbeiter beriet heute morgen mit Horne. Dieser ersuchte den Ausschuß, die Angelegenheit einer Lohnerhöhung mittels vermehrter Erzeugung in Erwägung zu ziehen, die der gestrigen Erklärung der Bergarbeiter zufolge gesichert werden kann. Dieser Vorschlag wurde lebhaft erörtert. Der Vorsitzende des Vollzugsausschusses der Bergarbeiter Smillie erklärte kategorisch, die Bergarbeiter seien nicht geneigt, irgendwelche Vorschläge der Regierung zu erörtern, bevor sie die geforderte Lohnerhöhung erhalten hätten. Desgleichen lehnten sie es ab, die Lohnfrage einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

Die Metallarbeiterkrise in Italien.

Mailand, 18. Sept. „Popolo d' Italia“ zufolge haben Arbeiter in Bologna, Modena und Parma Züge angehalten, in denen sich Polizeiagenten befanden. Die Züge durften erst wieder weiterfahren, nachdem die Agenten sie verlassen hatten.

Wie „Corriere della Sera“ aus Rom meldet, wird zur Deckung der Lohnforderungen der Eisenbahner eine neue Tariferhöhung nötig sein.

„Corriere della Sera“ vernimmt weiter aus Rom, daß seit Freitag die Straßenbahn von Rom nach Tivoli in der Hand der Arbeiter ist oder vielmehr der technischen Angestellten im Einverständnis mit den Arbeitern. Die Besitzergreifung vollzog sich in voller Ruhe. Der Betrieb geht regelmäßig vor sich.

Moskauer Funksprüche.

Moskau, 16. Sept. Französische Funkenstationen verbreiten wiederum lächerliche Lügennachrichten über Rußland. Das letzte Erzeugnis ihrer Phantasie ist ein angeblicher Bericht von Kopenhagen, welcher besagt, daß in Petersburg letztens eine Revolution ausgebrochen sei, bei welcher mehrere Volkskommissare getötet und in die Newa geworfen worden seien.

Selbstverständlich hat sich nichts derartiges ereignet. Weder dort noch in irgendwelchen anderen Teilen Rußlands sind Unruhen ausgebrochen; alle Volkskommissare sind auf ihren Posten. Obige Erzählung gehört zu der Reihe von Lügen, die von ausländischen Reaktionären jedesmal dann herausgegeben werden, wenn sie enttäuscht sind, so wie jetzt an der polnischen Front, wo sie hofften, daß man mit Gewalt ein reaktionäres Rußland errichten könne.

Dr. Erdmann über Moskau und die Zukunft der U. S. P.

Die U. S. P. — ein Hindernis der Einigung.

Dr. August Erdmann, der auf dem rechten Flügel der U. S. P. steht, schreibt in seiner Westdeutschen Wochenschrift unter anderem:

Am Bolschewismus, an der Frage: ob Diktatur oder Demokratie — schieden sich nach der November-Revolution die Geister in der deutschen Sozialdemokratie. Diese Frage hat nicht nur die Spaltung vertieft, erweitert und verlängert, sie hat auch in der Partei der Unabhängigen aufwühlend und zerreißend gewirkt. Und mochte auch die Partei an Anhängern gewonnen haben, an innerer Festigkeit, an Schlagfertigkeit und Tatkraft hat sie — nicht gewonnen. Der Unfehlbarkeitsdünkel, die Anmaßlichkeit der russischen Kommunisten hat sich nun auf dem Kongreß der Moskauer Internationale in einer Art offenbart, daß eine Entscheidung, ob sich die U. S. P. dem von dort aus ergangenen Machtgebot fügen will, nicht mehr zu umgehen ist. Das Drumherumreden, die Kompromisselei von der Art des Leipziger Parteitages hat gutmütigen und gutgläubigen Leuten so etwas wie Klarheit und Einigkeit vorgetäuscht. . . .

Die Bedingungen über die Zulassung zur Kommunistischen Internationale sind durch die Presse bekannt geworden. Ich bezweifle, daß je im politischen Leben einem Volke, einer Partei Empörenderes, Entwürdigenderes angesonnen worden ist. Nähme die U. S. P. diese Bedingungen an, würde sie sich nicht nur selber begraben, sondern sich auch selber verachten müssen. — Nach den bisherigen Aeußerungen der Presse zu urteilen, hat es den Anschein, daß für die U. S. P. die Zeit der Kompromißbeschlüsse und des gegenseitigen Drumherumredens vorbei ist, daß Farbe bekannt werden und zur Entscheidung kommen muß, ob die Partei bolschewistische oder sozialistische Politik treiben will. Die Entscheidung muß fallen, auch auf die Gefahr hin, daß eine Spaltung in der U. S. P. eintritt. Die „Einigkeit“ in der U. S. P. beruht auf Täuschung. Wer sehen kann und sehen will, weiß, daß in der Partei mehr gegen- als miteinander gearbeitet wird. So sehr an dieser Stelle immer und immer wieder hingewiesen worden ist auf die Notwendigkeit einer Verständigung und Einigung der sozialistischen Arbeiterschaft, so sehen wir doch gerade in dem Fortwursteln der halbkommunistischen und halbsozialistischen U. S. P. ein Hindernis auf dem Wege zur Einigung, die nur erreicht werden kann, wenn die Sozialdemokratie von der Last der Kommunisten und der Verantwortung für deren Torheiten befreit ist.

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von Kerzen, Bratfett, Malzextrakt, Trockenei, Roßgulasch oder Fleisch- und Wurstkonserven in der Talamtschule, am Dienstag, den 21. September 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 37 001 bis 42 000 vormittags von 8 bis 12 und die Inhaber der Nummern 42 001 bis 48 000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jeden Haushalt vier Kerzen zum Preise von 4.50 Mk. für vier Stück, ferner an jede Person aller Haushalte ½ Pfund Bratfett zum Preise von 6 Mk. für das halbe Pfund, 1 Dose Malzextrakt zum Preise von 4,30 Mk., 50 Gramm Trockenei (Ersatz für 5 Eier) zum Preise von 4 Mk. und eine 1-Kilodose Roßgulasch zum Preise von 11 Mk. oder eine ½-Kilodose Fleisch- und Wurstkonserven zum Preise von 3 Mk. abgegeben werden. Die Roßfleischkonserven sind auf dem städtischen Schlachthofe und unter städtischer Aufsicht hergestellt worden. — Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Halle, den 20. Sept. 1920. **Der Magistrat.**

Delitzsch

Städtischer Lebensmittel-Verkauf.

Butter: 40. Woche von Dienstag, den 21. d Mts. ab **30 Gramm für 95 Pfennig.**

Fleisch- und Wurstwaren: Freitag, den 24. d. Mts., von nachm. 3 Uhr ab bis Sonnabend mittag 12 Uhr auf Lebensmittelschein-Abschnitt Nr. 133 je 150 Gramm Frischfleisch. Bis zum 1. Oktober gelten folgende Kleinhandelshöchstpreise für 1 Pfund: Rinder-Kochfleisch 7.50 Rinder-Bratfleisch 8.50. Kalbfleisch 8.00, Hammelfleisch 9.00, Wurst 10.00. Von Sonnabend nachmittag 2 Uhr ab markenfreier Verkauf etwaiger Rester zu **vorstehenden Preisen.** Zuwiderhandlungen werden bestraft. Die Eintragung in die Kundenliste der Fleischer ist dringend erforderlich, um eine bestimmte Belieferung gewährleisten zu können.

Krankenbrot: bei Bergmann, Wiesenstraße, Otto Hennig, Töpfergasse, Heinig Kreuzgasse und Tanneberger, Dübenerstraße. auf Weißbrotkarten für Kinder und und Kranke 325 Gramm für 98 Pfennig.

Nährmittel: für Kinder, Kranke und Personen über 70 Jahre auf Weißbrotkarten wöchentlich ¼ Pfund Haferflocken in Paketen 2.10, lose 1.40 Mk. das Pfund in den bisherigen Bäckereien.

Schweine-Schmalz: auf Butterkarten-Abschnitte der 40. Woche je **40 Gramm für 1.25 Mk**

Speise-Sirup: das Pfund zu 1.90 Mk. soweit noch vorhanden, markenfrei.

Zwieback: markenfrei **das Paket 1.55 Mk.** in fast allen Bäckereien.

Zwieback-Bruch und Krumen: markenfrei, das Paket **Bruch** 1.15 Mk. und 1 **Pfund-Tüte Krumen** 4.60 Mk. bei **Schreyer, Tanneberger. Dübenerstraße und Hennig, Töpferstraße und Heinig. Kreuzgasse.**

Delitzsch, den 18. September 1920.

Der Magistrat.

Weißenfels

Brotmarkenausgabe:

Am Mittwoch, den 22. September:

von 7—9½ Uhr: Abgefertigt werden am
Tisch I Hohestr., Hospitalstr.
II R. Görestr., Hermannsgarten, Hirsemannstr., Hirsemannsplatz, Harnischstraße, Herderstr.
III Gr. u. Kl. Kalandstr., Katharinenstr.
IV Himmelreit, Holländerstr., Am Herrenberg, (A—R Str.), Jahnstr., Jüdenstr.

von 9½—12 Uhr: Tisch I L. Kellstr.
II Klosterstr.
III An der Kirche, Kirchgasse Krumme Gasse. Am Kloster Am Kruge. Im Kruge, Körnerstr.. Am Kugelberg, Am Kämmereihölzchen, Klingenplatz
IV Klemmberg (Bismarckstr., Blücherstraße, Moltkestr., Roonstr., Scharnhorststr.) Kubastr.

Schulferien.

Die diesjährigen **Herbstferien** an der **Bürgerschule**, den **vier Volksschulen** und der **Hilfsschule** finden vom 30. September bis 13. Oktober d. J. statt.

Schluß des Unterrichts: Mittwoch, den 29. September d. J.

Wiederbeginn des Unterrichts: Donnerstag, den 14. Oktober d. J.

Am 29. September dauert der Unterricht bis 11 Uhr.

Der Unterricht der **städtischen Fortbildungsschule** wird Dienstag, den 28 September d. J. abends 9 Uhr, geschlossen und am Donnerstag, den 14. Oktober d. J., wieder begonnen.

Weißenfels, den 14. September 1920.

Der Magistrat.

Kündigung von Wohnungen usw.

Im Hinblick auf den bevorstehenden Quartalswechsels wird darauf hingewiesen, daß

1. Die Vermieter von Wohnräumen, Läden und Wohnstätten ein Mietverhältnis wirksam nur mit vorheriger Zustimmung des Mieteinigungsamts kündigen können, insbesondere wenn die Kündigung zum Zwecke der Mietssteigerung erfolgt.
2. Ein ohne Kündigung ablaufendes Mietverhältnis als auf unbestimmte Zeit verlängert gilt, wenn der Vermieter nicht vorher die Zustimmung des Mieteinigungsamts zu dem Ablauf erwirkt hat.

Der Magistrat.
Das Mieteinigungsamt:
Müller.

W. L. T.

Walhalla-Lichtspiel-Theater.

Täglich

Judex

Das Rätsel der Kriminalistik.

26 spannende Akte in 6 Abteilungen. 6 Wochen fortlaufend.

Erste Abteilung:

Der geheimnisvolle Schatten — Die Sühne.

Beginn der Vorführung: 4.00, 6.35, 9.30.

Der Schauspieler der Herzogin.

Schauspiel in 5 Akten.

In den Hauptrollen: **Käthe Dorsch, Harry Liedtke, Heinrich Schroth, Poldi Müller.**

Beginn der Vorführung: 5.15, 8.00.

Zu beziehen durch die

Parteibuchhandlungen des Verbreitungsbezirks

Buchhandlung der Volksstimme,
Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27.

Volksbuchhandlung Naumburg,
Marienstraße (nahe am Markt).

U.T

Leipzigerstrasse 88. Fernruf 1224.	Alte Promenade 11 a. Fernruf 5738.
Das Abenteuer einer Zirkusamazone oder: Der Leutnant im 9. Lanzerregiment. Grosses Zirkus- und Wildwestdrama in 5 Akten (nach Art des Kindesraub im Zirkus Buffalo).	**Das Gesetz der Wüste.** Grosser Sensationsfilm in 6 spannungsvollen Kapiteln mit **Emil Mamelock, Heinrich Peer**
Vorfhr.: 4.50, 7.00, 9.20.	Vorfhr.: 4.20 6.30, 8.50
Leo Peukert in dem Schwank in 3 Akten **Er, sie und der Dackel.**	**Leo Peukert** in der einaktigen Posse **Eine Partie 66.**
Vorfhr.: 4.00, 6.10, 8.20.	Vorfhr.: 4.10 6.20 8.30.
Die neuesten Wochenberichte.	**Karlsruhe, die Stadt im Grünen.**
Beginn 4 Uhr.	**Beginn 4 Uhr.**

Wochentags bis 5 Uhr kleine Preise bei vollem Programm.

Eintrittskarten haben nur am Tage der Lösung Gültigkeit.

Stadt-Theater

Dienstag, den 21. Sept. Anf. 7½, Ende 10½ Uhr

Fra Diavolo

Mittwoch: Dr. Klaus.

Bestes Aufwasch-Putz Reinigungsmittel für Küche u Haushalt

Bestes Aufwasch-, Putz- und Reinigungsmittel für alle Zwecke!

Man spart Arbeit Seife und Geld

Zu haben in: **Colonialwaren-, Drogen-, Küchengeräte- und Seifenhandlungen**

Prämiert „Hygiene“ Dresden

Hersteller: **Chem. Werke Kemmlitz G. m. b. H., Kemmlitz-Mügeln Bez. Leipzig.**

Bezirks-General-Vertreter: **Fa. Hermann Jentz, Leipzig-Sellerhausen**

Lehrer Obst's Nerven-Tee

eine Wohlt. f. Haus u. Fam. zum Kurgebr. bei Nervenschw. Kopfschm., Schlaflosigk., von besterprobt. garant. Wirkg., zugl. Arter.-Verkalkg. vorb. **Probep. 4 M., Mon.-Menge 15 Mk.**

Außerd. besterprobt. Lehrer Obst's Asthma-, Blasen-, Blutreinig.-, Bleichs.-, Darm-, Fußb.- Frauen-, Herz-, Hals-, Hämorrh.-, Lungen-, Leber-, Mag.-, Nier.-, Rheumatism.-, Wassersuchts-Tee u. a. m. Genaue Angaben erfolg. durch **R. Obst, Hermannsdorf Nr. 684 bei Breslau.**

Bei Einkäufen

bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der „Volksstimme“ zu beziehen.

Kaufgesuche

Alt-Metalle kauft z. höh. Preis. **Gebr. Plato,** Gr. Brauhausstr. 29.

Mittwoch, den 22. Sept. (Scheiding). **8 Uhr abends** in der **Aula des Reform-Realgymnasiums** (Friesen...)

Vortrag

von Herrn **Schirrmeister, Berlin**, über:

„Der Aufbau der Volkskraft und das Recht auf Gesundheit“.

Naturheilv. „Halle-Nord“. Naturheilv. „Priessnitz“ Verein „Gesundheitspflege“.

Für Nichtmitglieder 1 Mark.

Die Deutschen Parteiprogramme

von **Dr. Felix Salomon**

Professor der Universität Leipzig.

Der Verfasser hat unter Mitwirkung anderer Autoren und Verwendung von Proklamationen der politischen Parteien eine wichtige Sammlung über deren Programme und Aufrufe an das öffentliche Leben aus der Zeit vom Beginn der Revolution, November 1918 bis zum neuen Reichstag 1920 zusammengestellt.

Jeder Politiker muß diese Schrift zur Hand haben, wenn er sich politisch bilden und mit den gegenwärtigen politischen Parteien in den drei zurückliegenden weltgeschichtlich wichtigen Jahren beschäftigen will

Die aus dem **Verlag von B. G. Teubner, Leipzig-Berlin** stammende Schrift ist in der

Buchhandlung der Volksstimme
Große Ulrichstraße 27 zu haben.

Preis Mark 10.—

Soeben ist erschienen:

Dantons Tod

Ein Drama von Georg Büchner.

Illustrierte Ausgabe.

Dieses **unsterbliche Revolutionsdrama** sollte von jedermann gekauft und gelesen werden. Ganz ohne Zweifel ist dieses Drama ein ausgezeichnetes Werk für jede Haus- und Vereinsbibliothek und deshalb zur allgemeinen Anschaffung empfohlen.

Fein kartoniert, illustriert, gedruckt auf holzfrei imitiert Japan **Mk 12.—**

Verlag der Volksstimme,
Gr. Ulrichstraße 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200920-16/fragment/page=0004

Geht nicht nach Russland!

Illusion oder Wirklichkeit

Die Arbeitslosigkeit und die Zustände Deutschlands haben in manchem idealistisch veranlagten Arbeiter den Drang nach der Auswanderung reifen lassen. Vor allem aber die Verherrlichung der angeblichen

Macht des Proletariats
im bolschewistisch-kommunistischen Staatswesen

und die Propaganda der Auswanderungskommission. — Wie sieht es aber dort in Wirklichkeit aus?

Verelendung, Verwüstung und Verrottung der Arbeitsstätten

Lassen wir einen Kenner des Systems sprechen:

Abg. Wilhelm Dittmann der Delegierte der Unabhängigen zum Kongreß der 3. Internationale **schreibt nach seinem Eintreffen in Kolomna**:

Ueber die Betriebsverhältnisse hörten wir von der Fabrikleitung, **die aus einem Tischler, einem Maler und einem Angestellten bestand**, daß der **Betriebsrat** ein Organ des Metallarbeiterverbandes sei, aus fünf Mitgliedern bestehe und mit der Verwaltung nichts zu tun habe. Er habe für Arbeiterschutz und Arbeiterdisziplin zu sorgen, die nötigen Arbeiter aus den Dörfern heranzuholen und Aufklärung und Agitation im Betriebe zu treiben. Gearbeitet werde von 8½ bis 1½ Uhr und von 3 bis 5½ Uhr. Die deutschen Arbeiter bekämen größere Rationen als die russischen, und zwar: **1¼ Pfund Brot, ¼ Pfund Fleisch und ⅜ Pfund Hirsegrütze täglich pro Mann, außerdem für alle 120 Mann 16 Pud Grünzeug (Rüben, Wurzeln usw.), Kaffee morgens und abends, Salz, Zucker, Tabak, Seifenpulver.** Sie könnten selber kochen und backen. Die Einzelheiten sollten noch näher geregelt werden. Der Grundlohn für Ungelernte betrage 10 Rubel pro Stunde und steige für qualifizierte Arbeiter bis zu 15,75 Rubel; dazu werde vom 1. Juli ab ein Zuschlag von 50 Prozent gezahlt.

Von einem Abgesandten der Nichtarbeitenden (die deutschen Auswanderer die zurückkehren wollten und deshalb nicht arbeiteten) wurden wir zu einer Versammlung dieser Gruppe eingeladen, die in einem größeren Wohnraum, in dem Holzbänke gestellt waren, stattfand. Als Wortführer der Unzufriedenen schilderte zunächst

Genosse Fähnrich-Oberschöneweide die Lage. Er gab an, **daß 30 Mann zurück wollten, 60 seien anwesend, 11 arbeiteten in der Fabrik. Von den Anwesenden seien 40 Mitglieder der U. S. P., 13 der K. P. D. und 6 der K. A. P. D., von 10 Parteilosen seien 8 Mitglieder gewerkschaftlicher Organisationen. Sie seien belogen und betrogen worden von den Auswanderungsagenten.** Die russische Regierung verweigere jetzt die Rückreise. **Die Lebensmittelverhältnisse seien so, daß sie nicht leben könnten.** Einige seien schon im Krankenhaus, hätten Blutspucken und Blut in den Abgängen. „Hier müssen wir verhungern. Das Brot ist schlecht und ungenießbar, es ist voller Häcksel. Die Unterkunft ist ebenfalls schlecht. Erst haben wir 3 Tage im Bahnwagen liegen müssen ohne Decken, dann hier in den Häusern, in denen wir jetzt zusammengepfercht sind, 8 Tage ohne Stroh. Wir arbeiten, indem wir für die Gemeinde Notstandsarbeiten verrichten. Wir wollen aber zurück. Man hat uns als „Eindringlinge" und „Konterrevolutionäre" bezeichnet. Als ich gestern versuchte, auf dem Markt einige Nähnadeln zu 1 Rubel das Stück, die hier sonst 20—50 Rubel kosten, zu verkaufen, um Geld für Lebensmittel zu bekommen, wurde ich verhaftet und erst nach geraumer Zeit wieder freigelassen. Jetzt soll ein Protokoll aufgenommen sein, nach dem ich durch Spekulation 12000 Rubel verdient hätte. **Hier ist kein Kommunismus, was hier ist, taugt zu nichts.**"

In ähnlicher Weise sprach dann

Genosse Grimm-Plauen. Er habe Haus und Hof mit Gärtnerei in Deutschland aufgegeben. Ihm sei gesagt worden, in Rußland brauche man kein Geld, er sei deshalb mit 8 Pfennigen nach Rußland gekommen, und nun zeige sich, daß **man nirgends mehr Geld brauche als in Rußland, denn es fehlen selbst die nötigsten Lebensmittel.** Brot und Suppe sind nicht zu essen, dazu die heiße Temperatur, das sei nicht zu ertragen. Durch alle Strapazen seien sie so entkräftet, daß sie außerstande seien, produktiv zu arbeiten. **Er habe 35 Jahre für den Sozialismus gearbeitet und sei ausgewandert, Rußland aufbauen zu helfen und der Weltrevolution zu dienen. Aber der Hunger mache ihm das unmöglich.** — Der nächste Redner,

Genosse Hartmann-Hamburg, wandte sich scharf gegen die Vertreter der Auswandererverein und die Rätezeitung, durch die bei ihnen ganz falsche Vorstellungen über die Verhältnisse in Rußland geweckt worden seien. „Wir sollten in die Moskauer Gegend kommen, in eine Fabrik im Walde, die wir allein übernehmen sollten. Für unsere Familien würde gesorgt werden, bis sie auch hier seien. Die russischen Arbeiter trägen Lederanzüge, die Bourgeois gingen in Lumpen. Jetzt ist alles ganz anders. Ich war mit dabei, als wir in Moskau mit der Regierung verhandelten. Sie wußte nichts von einem Vertrag mit uns. Man hat uns versprochen, uns bis zur deutschen Grenze zu ernähren. Wir warten aber schon vierzehn Tage vergebens auf den Rücktransport. **Die russische Regierung ist unfähig.** Wir können es nicht verantworten, unsere Familien nachkommen zu lassen. Wir wollen zurück nach Deutschland." — In einer

zweiten Rede sagte Fähnrich: **Weitere Transporte nach Rußland müßten verhindert werden, ihre Familien müßten in die größte Not geraten, wenn sie unterwegs sein sollten.** Die Pässe seien ihnen abgenommen worden, sie wüßten nicht, wo sie seien. Der Verdienst reiche nicht aus. **Was seien 11—12000 Rubel monatlich, wo ein Pfund Butter allein 3500 Rubel koste** und **alle übrigen Lebensmittel, auch Kartoffeln, ähnlich teuer seien.** Sie seien von allem abgeschnitten, nicht einmal Briefe könnten sie nach Deutschland senden. Von Gumbrich, dem Vertreter der Auswandererinteressengemeinschaft, sei behauptet worden, Radek habe den Auftrag zu dem Transport gegeben.

Von den Mitgliedern unserer Delegation nahm ich dann zunächst das Wort und erklärte, daß wir bereits, als wir sie auf dem Dampfer getroffen, die Befürchtung gehabt hätten, daß sie schweren Enttäuschungen entgegengehen würden. Hätten sie auf unsere Partei und auf den russischen Vertreter in Berlin gehört, so wären ihnen die Enttäuschungen erspart geblieben. Aber es sei ja in der „Rätezeitung" sogar eine Resolution veröffentlicht worden, in der Kopps Abberufung aus Berlin gefordert worden sei, weil er sich gegen die Auswanderung nach Rußland ausgesprochen hatte. **Radek habe mir in Moskau gesagt, daß er gleichfalls stets vor der Auswanderung gewarnt habe und er habe auch jetzt noch schwere Bedenken.** Ehe deutsche Arbeiter am Aufbau der russischen Industrie mitarbeiten könnten, müßten verschiedene Vorbedingungen geschaffen werden. Wie die russischen Arbeiter zu leben, sei für den deutschen Arbeiter ohne jeden Uebergang, auch normalerweise, unmöglich, besonders aber jetzt. Die dreijährige Blockade Deutschlands gegen Rußland, dann die Ententeblockade, der Krieg und die Konterrevolution hätten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200920-16/fragment/page=0005

Rußland in einen Zustand der Not versetzt, der von deutschen Arbeitern garnicht ertragen werden könne, trotzdem sie im Kriege und nachher auch gehungert hätten. Die Landwirtschaft sei rückständig, läge darnieder, das Transportwesen ebenso. Dazu der fortgesetzte Kampf gegen die Konterrevolution und die Entente. Da mußte man auch in Deutschland wissen, wie schwer das russische Volk um seine nackte Existenz ringen müsse. Aber wenn wir das in Deutschland gesagt, habe man es uns nicht glauben wollen, auch nicht, daß große Teile der **russischen Bauernschaft beim Wiederaufbau versagt haben, daß sie geistig nicht fähig sind, als selbsttätiger Faktor aufzutreten.** So sei es dazu gekommen, daß in Rußland eine vollständige Diktatur bestehe. Wer beim Wiederaufbau Rußlands unter der Sowjetherrschaft mithelfen wolle, müsse sich in manches Ungewohnte schicken und sich mit vielem abfinden, das ihm wider den Strich gehe. Von heute auf morgen sei eine Aenderung der jetzigen schweren Lebensbedingungen in Rußland und Deutschland kaum eher gegeben, als nicht zwischen Rußland und Deutschland die wirtschaftlichen Beziehungen wieder aufgenommen und Vorkehrungen getroffen seien, daß den deutschen Arbeitern der Uebergang durch Nachlieferung von deutschen Nahrungsmitteln und Bedarfsartikeln wenigstens für einige Monate erleichtert werde. Wir seien gern bereit, in Moskau für Erleichterungen bezüglich der Ernährung usw. einzutreten und für diejenigen, die zurück wollen, die Heimreise zu befürworten. Wer von ihnen die ersten schlimmen Eindrücke niederkämpfen könne und über eine starke Körperkonstitution verfüge, möge versuchen, zu bleiben.

Wenn ich vor vier Wochen in einer Versammlung in Deutschland ihnen dasselbe gesagt haben würde, dann hätten sie mich wohl kaum ausreden lassen. Jetzt hätten sie es am eigenen Leibe erfahren, wie recht wir mit unseren Warnungen vor einer Auswanderung nach Rußland unter den jetzigen Umständen hätten. Wir würden aber selbstverständlich für sie tun, was wir könnten und auch in Deutschland ernst über die Sache reden. — Nach mir sprach:

Genosse Däumig, **der erklärte, daß er meinen Ausführungen zustimme. Die Interessengemeinschaft habe Illusionen geweckt,** die nicht erfüllt werden könnten. Man dürfe nicht vergessen, **daß die Russen noch vor kurzem Leibeigene, „zweibeinige Tiere", gewesen** und daß die Zarenwirtschaft, der Weltkrieg und der Bürgerkrieg trostlose Zustände geschaffen hätten. Er verstehe die Klagen über die schlechte Ernährung usw. sehr wohl. Ein Deutscher könne das Brot, das etwa aussehe wie unser Torf, kaum essen, aber man müsse versuchen, sich in das Unvermeidliche zu schicken. Es dürfe nicht vergessen werden, das es gelte, Pionierarbeit zu leisten für die Revolution und daß wir an einem weltgeschichtlichen Wendepunkt ständen. Viele Anwesenden hätten sicher vier Jahre Schützengrabenelend für den Kapitalismus ertragen, da müßten sie auch Leiden für die Revolution ertragen.

Genosse Crispien verwies ebenfalls auf die Schwierigkeiten, unter denen Sowjetrußland kämpft, und die furchtbaren Leiden, die die Uebergangszeit zum Sozialismus dem Proletariat überall auferlegt. Wer körperlich und geistig stark und fähig dazu sei, müsse versuchen auszuharren. Die russischen Arbeiter bekämen ja selbst das noch nicht, was ihnen, den deutschen Arbeitern, jetzt gegeben werde, sie litten noch größeren Mangel. (Zuruf: „Die bringen Lebensmittel aus den Dörfern mit.") Crispien versprach ebenfalls, in Moskau für die deutschen Arbeiter einzutreten. — Der russische

Genosse Makaroff, **einer der Leiter der Fabrik,** hielt dann in russischer Sprache eine Rede, die bruchstückweise übersetzt wurde. **Sie zeigte, daß dem Redner die Geistesverfassung der deutschen Arbeiter völlig fremd war und rief große Aufregung und Erbitterung hervor.** Er suchte die Unzufriedenheit der deutschen Arbeiter als unbegründet hinzustellen, bezeichnete die jetzigen Verhältnisse in Rußland als besser gegenüber denen unter dem Zarismus und sagte weiter: „Noch lebt der russische Arbeiter unter furchtbaren Verhältnissen Wenn sie besser leben und eine Ausnahmestellung haben wollen, gibt es große Unzufriedenheit unter den Russen. Denken sie nicht nur an ihre eigenen Interessen. (Entrüstungsrufe.) Schauen Sie sich um, es gibt auch gutes bei uns. Wir führen auf zwei Fronten Krieg, gegen Polen und gegen Wrangel im Süden, einen Kampf auf Leben und Tod. Unsere Besten schicken wir an die Front. Unsere besten Industriearbeiter sind dort. Polen ist schon geschlagen. Wenn wir gesiegt haben, wird sich auch hier alles ändern. In dieser schweren Zeit stellt kein Revolutionär Forderungen. Nur Konterrevolutionäre und Bürgerliche (starke Erregung) und die die Revolution nicht verstehen wollen oder können, wollen jetzt Vorrechte. Sie sollten uns helfen und Sie sitzen hier und arbeiten nicht. (Zuruf: „Nicht in der Fabrik, aber arbeiten wollen wir".) Die besten Genossen sind an der Front, hier arbeiten jetzt meist Landarbeiter.

Sie arbeiten 12 Stunden und mancher bricht ohnmächtig an der Bank zusammen. (Zurufe: „Sie müssen"! „Sie werden mit dem Gewehr dazu gezwungen." „Sie werden sonst eingesperrt.") Das ist nicht wahr. (Zurufe: „Doch!")

Gewalt wird nur gegen diejenigen angewendet, die nicht arbeiten wollen. Ohne Arbeit kein Brot. Ich wundere mich, daß Sie nicht arbeiten wollen, daß Sie der Revolution nicht helfen wollen. (Zurufe: „Wir sind doch Konterrevolutionäre!") Was wollen Sie? Wollen Sie noch jeder einen Führer? (Der Uebersetzer sagte abschwächend „Führer" statt „Kindermädchen", wie der Redner gesagt hatte.) Schütteln Sie endlich die bürgerlichen Vorurteile ab, **arbeiten Sie mit uns Russen." („Heim wollen wir.")**

Es sprachen dann noch von den deutschen Arbeitern

Ostbahr-Hamburg: **„Wir haben nur den einen Wunsch: nach Hause!"**

Fleischer-Berlin: „Wir sind nicht umzustimmen, wir wollen heim." Von unserer Delegation noch Crispien und ich: wir sagten ihnen nochmals zu, für sie zu tun, was in unseren Kräften stehe und verabschiedeten uns dann mit einem „Auf Wiedersehen in Deutschland".

In der nächsten Sitzung des Exekutivkomitees der 3. Internationale, der letzten, an der wir teilnahmen, brachte ich die Sache zur Sprache. **Sinowjew, der Vorsitzende des Exekutivkomitees, ebenso Radek und Bucharin, stimmten in der Beurteilung der Angelegenheit völlig mit uns überein** und versprachen, dafür zu sorgen, daß den Arbeitenden Erleichterungen verschafft und den übrigen die Heimreise ermöglicht werde. Auf dem Heimwege vom Kreml zum Hotel sprachen uns dann mehrere der deutschen Arbeiter nachts um 12 Uhr auf der Straße an. Es waren ihrer sieben von Kolomna als blinde Passagiere auf der Eisenbahn nach Moskau gefahren. Sie berichteten, die nicht arbeiten wollten, sollten jetzt auf Hungerrationen gesetzt werden und die Notstandsarbeiten für die Gemeinde sei ihnen von der Ortsmiliz verboten worden. Am nächsten Morgen ging ich mit Genossen Stoecker und einem der Arbeiter, Genossen Scholz-Berlin, zum russischen Arbeitsminister Schmidt, um Remedur zu fordern. Der Minister selber war auswärts, sein Vertreter, ein Arbeiter Serebrjakoff, sprach nur russisch. Für ihn führte ein jüngerer Genosse Danilewitsch, das Wort, der bereits vorher bei den deutschen Arbeitern in Kolomna gewesen und sie dort **„Konterrevolutionäre" und „Weißgardisten" tituliert hatte.** Er zeigte auch in der Aussprache mit uns so wenig Verständnis für die ganze Situation, daß er den klassischen Ausspruch tat: **„Wir können chinesische Kulis und deutsche Arbeiter nicht verschieden behandeln."** Ich hielt es unter diesen Umständen für angezeigt, nochmals das Exekutivkomitee aufzusuchen, konnte aber Sinowjew im Kreml erst abends antreffen. Dort versicherten er, sowohl wie Radek und Bucharin mir im Beisein des Genossen Scholz nochmals, alles tun zu wollen, den deutschen Arbeitern schleunigst zu helfen.

Das ist das wahre Gesicht

des bolschewistischen Kommunismus So werden die arbeitsfreudigen und willigen Arbeiter behandelt.

Verblendet und irregeleitet durch Demagogen, die selbst sich noch zu keiner praktischen Arbeit aufgerafft haben, werden deutsche Männer dem Hunger und dem Elend preisgegeben.

Mit den Schlagworten:

„Für Sowjet-Russland" und **„Es lebe die Weltrevolution"**

wird das langsam sich erholende Deutschland den Arbeitern verekelt. **Lasst Euch nicht täuschen.** Gewiß ist hier in Deutschland manches noch zu bessern. Helft mit daran, dann wird sich vieles ändern.

Helft mit am Wiederaufbau Eurer eigenen Heimat!

SCHMIDT & ERDEL, HALLE.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200920-16/fragment/page=0006

Partei-Angelegenheiten.

Vorstands- und Distriktsführer-Sitzung. Am Dienstag, den 21. September 1920, für sämtliche Distriktsführer und Vorstand des Vereins Halle ist um 7½ Uhr Sitzung in „Wilsdorfs Gesellschaftshaus".

Frauenversammlung der S. P. D. Halle. Am Dienstag, den 21. September, abends 8 Uhr findet in „Wilsdorfs Gesellschaftshaus" eine Frauenversammlung der S. P. D. Halle statt. Gen. Hildebrand spricht über das sehr zeitgemäße Thema: Die Ausnutzung der Kohle im Haushalt. Alle Genossinnen sind zu diesem belehrenden Vortrag eingeladen.

Der Vorstand.

Bezirksverband Halle, Harz 42/44, Zimmer 12.
Sekretär Reinh. Drescher.
Bürozeit: Wochentags von 9—4 Uhr,
Sonnabends von 9—1 Uhr.
Kassenstunden.
Kassierer Herm. Kunzemann.
Wochentags von 4—7 Uhr, Sonnabends und Sonntags nicht.

Unterbezirk I, Halle, Saalkreis, Harz 42/44, Zimmer 12.
Sekretär Flücht.
Büro zeit: Wochentags vorm 9—1 Uhr, nachm. 3—6 Uhr.
Sonnabends von 9—1 Uhr.
Kassenstunden Verein Halle.
Kassierer Wort.
Montags, Mittwochs und Freitags, abends von 4—7 Uhr.

Aus dem Stadtkreis.

Halle. 20. September 1920.

Peißnitz-Wettspiele der hallischen Volks- und Mittelschulen.

So manches Kinderherz mag gestern vormittag beim Anblick des düsteren Himmels gebangt haben, daß die mit Freude und Stolz erwarteten Wettspiele zu Wasser gehen könnten. Um so größer kann der Jubel, als sich zu Beginn der Freiübungen das Wetter aufhellte und der leichte Regen nachließ.

Beinahe zweitausend Kinder, Knaben und Mädchen, der oberen Klassen von den Mittel- und Volksschulen hatten sich in bunter turnerischer Kleidung nachmittags auf der Peißnitzwiese eingefunden. Ein überaus freundliches Bild, als die jungen Turner und Turnerinnen zu den gemeinsamen Freiübungen aufmarschierten. Es muß gesagt werden, daß die jungen Sportler mit dem notwendigen Ernst und der erforderlichen Aufmerksamkeit bei der Sache waren und daß das Gelingen dieser Massenübungen einen guten Maßstab der bisherigen turnerischen Erziehungsarbeit bot. Die Hoffnung, in nicht zu langer Zeit einen weiteren Ausbau dieser Veranstaltungen konstatieren zu können, mag hier ausgesprochen werden. Noch den Freiübungen ging es zu den Wettspielen der einzelnen Klassen, die sich in mustergültiger Ordnung abwickelten. Ballspiele, Hürdenrennen, Springen, gaben dem ganzen Sportplatz ein bewegtes Treiben und freundliche Bilder. Wie aus den untenstehenden Resultaten der Wettspiele hervorgeht, wurden zum Teil sehr gute Einzelleistungen erzielt. Ein Staffettenlauf um den ganzen Peißnitzplatz, an dem sich Knaben und Mädchen beteiligten, schloß die programmäßig vor sich gegangenen Wettspiele und Uebungen, die mit soviel Sorgfalt und Hingabe von Herrn Rektor Kindermann und Herrn Turnlehrer Menz und unter der Mitarbeit vieler Lehrerinnen und Lehrer vorbereitet waren. Jedem, der gestern die Spiele und Vorführungen der Jugend beobachtete, wird klar geworden sein, daß eine Erziehung unserer Jugend auch in dieser Hinsicht vom großem Wert ist. Hier gilt es viel nachzuholen, viel Neuland zu beackern. Zugleich werden dadurch aber auch die großen Schäden des vergangenen Krieges in der körperlichen Ausbildung unseres Nachwuchses etwas behoben. Die Freude der Jugend und ihre innere Anteilnahme an den sportlichen Veranstaltungen sind auch hier der beste Lohn.

Allgemein gerügt wurde nur die Tatsache, daß die Reichswehrkapelle, die ihr Erscheinen zugesagt hatte, im letzten Augenblick eine abschlägige Mitteilung machte. Das zeigt ein bedauerliches Fehlen sozialen gemeinnützigen Geistes bei dieser staatlichen Einrichtung und wirft ein recht ungünstiges Licht auf dieselbe. Die Schülerkapelle der Franckschen Stiftungen, welche an Stelle der Reichswehrkapelle erschien und sich die redlichste Mühe gab, zeigte damit mehr Verständnis.

Resultate.

Spiel in sechs Gruppen.

1. Knaben: Barrlauf, Hürdenlauf. Sieger: Glauchsch. I. Kl.
   Mädchen: Ball über die Schnur. Sieger: Trotha sch. I. Kl.
2. Knaben: Kriegsball, Dreisprung. Sieger: Martinsch. IIa Kl.
   Mädchen: Kriegsball, Weitsprung. S.: Neumartsch. I. Kl.
3. Knaben: Hürdenlauf. Dreiballlauf. S.: Freiimfelder I. Kl.
   Mädchen: Dreiballauf, Hestball. S.: Alte Volksch. I. Kl.
4. Knaben: Jägerball, Steinstoßen. Sieger: Torlschule IIb Kl.
   Mädchen: Jägerball, Steinstoßen. Sieger: Luisensch. IIa Kl.
5. Knaben: Völkerball, Wettwanderball. Sieger: Weing. I. Kl.
   Mädchen: Völkerball, Wettwanderball. S. Weing. I. Kl
6. Knaben: Hochsprung, Schlagball. Sieger: Fr. Stift. I. Kl
   Mädchen: Korbball, Schlagball. Sieger: Luisensch. I. Kl.

Staffettenlauf.

Knaben: Glauchsch. I. Kl., Martinsch. IIa Kl., Freiimfelder I. Kl., Torsch. IIb Kl. (150,6 Sek.), Weingärten I. Kl.
Mädchen: Trotha I. Kl., Neumarkt I. Kl., Alte Volksch. I. Kl., Luisensch. IIa (174 Sek.), Weingärten I. Kl.

Höchstleistungen.

Hürdenlauf: Knaben 70 Meter 11,1 Sek., Mädchen 60 Meter 11 Sek.; Dreisprung: Knaben 8,10 Meter; Weitsprung: Mädchen 2,50 Meter; Steinstoßen: Knaben 7 Kilo 8,20 Meter, Mädchen 3 Kilo 7 Meter.

Väter und Mütter, der Volksschuljugend!

Uns geht folgender Aufruf des Bundes der freien Schulgesellschaften Deutschlands zu:

Die Reichsverfassung bestimmt in Artikel 146 als Norm die für alle gemeinsame Schule, in der nach Artikel 149 der Religionsunterricht „ordentliches Lehrfach" ist und nach den Grundsätzen der betreffenden Religionsgemeinschaft erteilt werden muß. Mit dieser Schule können wir uns nicht abfinden, weil ein solcher konfessioneller Unterricht die konfessionelle Zersplitterung und damit das geistige Chaos erst recht in unsere Schulen tragen würde. In Artikel 146 Absatz 2 der Reichsverfassung heißt es dann weiter: Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb nicht gestört wird." Wollte man nun so viele Bekenntnis- und Weltanschauungsschulen einrichten, wie es Bekenntnis- und Weltanschauungsrichtungen gibt, dann würde eine solche Gliederung unseres Schulwesens bald zu seiner Auflösung führen. Deshalb fordern wir eine Schule, in der alle konfessionellen Bekenntnisse und Weltanschauungsrichtungen außer acht gelassen werden. Diese Schule ist die bekenntnisfreie (weltliche) Schule. Sie ist die Schule der Neutralität und der Toleranz, der Gleichberechtigung und des wahren Menschentums. Sie muß alle Menschen erfassen, die auf dem Boden der neuen Zeit stehen, sie wird, wenn das erste Mißtrauen gegen sie überwunden sein wird, sich herrlich bewähren und die Schule der Zukunft werden.

Volksschulleiter in Stadt und Land! Schafft die Voraussetzung dieser Schule: Bekundet Euren geschlossenen Willen als Erziehungsberechtigte. Eure Kinder in eine solche Schule der Freiheit zu schicken. Erst damit ist die Vorbedingung des geordneten Schulbetriebes erfüllt. Gründet eine freie Schulgesellschaften, vereinigt Euch! Wißet, daß die Freunde der konfessionellen Volksschule, die heute noch mitverantwortlich zu machen sind für den entsetzlichen Krieg, sich in „Evangelischen Schulgemeinden" und „Katholischen Elternvereinigungen" zusammentun. Unterstützt Ihr durch Euren Zusammenschluß die Bestrebungen zugunsten der weltlichen Schule. Stellet Listen auf, die da lauten:

„Folgende Erziehungsberechtigten beantragen unter Angabe ihrer schulpflichtigen Kinder die Einrichtung einer bekenntnisfreien Schule in ..... Die Erziehungsberechtigten bekunden ihren Willen durch eigenhändige Unterschrift."

Es gilt einen schweren Kampf zu führen. Tretet ein in den Kampf. Gründet Ortsgruppen des Bundes der freien Schulgesellschaften Deutschlands durch Zusammenschluß aller Väter und Mütter, die obige Liste unterschreiben wollen. Sucht Verbindung mit der freidenklich denkenden Lehrerschaft! — Am 16. Oktober d. J. findet in Elberfeld die 1. Vertreterversammlung des Bundes, dem bis heute 120 Ortsgruppen mit fast 100 000 Mitgliedern angeschlossen sind, statt. Wollt Ihr nicht auch mittun? Elternbeiräte! Heran! In die Aktion für die freie Schule!

Gegen Einsendung von 40 Pfg. in Freimarken übermittelt die Geschäftsstelle des Bundes, Elberfeld, Frankenstraße 9, an jedermann die Unterlagen die über alles Erforderliche Auskunft geben

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Elektromonteure: Dienstag, den 21. Sept., abends 7½ Uhr im Volkspark. Tagesordnung: Bericht von der Reichskonferenz. 2. Branchenangelegenheiten.

Bauschlosser. Montag, 20. Sept., abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: Stellungnahme zur Antwort der Innung.

Genosse Heinrich Ströbel
spricht am kommenden **Donnerstag,** abends **7** Uhr,
im **Apollotheater**
über die Grundprobleme der Arbeiterbewegung.

* **Für die Märzopfer.** Auf unsere Anfrage in 219 der „Volksstimme" wird uns von der Unterstützungkommission für die Märzopfer mitgeteilt, daß nicht Frau Stadtv. Krüger die fraglichen 2000 Mark erhalten hat, sondern dieser Betrag der unabh. Partei-Kasse für Halle-Saalkreis zugeführt werden soll. Die betreffende Zuschrift, die wir unter völlig ungerechtfertigter Berufung auf das Preßgesetz erhielten, ging uns durch das Parteisekretariat der Unabh. Partei zu. Als eine Kuriosa sei erwähnt, daß der Kopf des betreffenden Briefes folgende Firmierung trägt: Soziald. Bezirks-Partei-Sekretariat — Angeschlossen der Unabh. Soziald. Partei. Bald dürfte es heißen: Angeschlossen der K. P. D. oder K. A. P. D. Ob man dann immer noch unter der Flagge: Soziald. Bezirks-Pariei-Sekretariat segelt?

Noch keine endgültige Regelung der Schulgeldsätze. Die bereits angekündigte, am 1. Oktober d. Js. in Kraft tretenden Erhöhungen der Schulgelder der höheren Lehranstalten auf jährlich 500 Mark, bedeutet, wie die P. P. N. an zuständiger Stelle erfahren, noch keine endgültige Regelung der Schulgeldfrage. Es sind vielmehr Erwägungen über eine grundsätzliche Neuregelung der Aufbringung der Schulgelder im Gange.

Vom Versorgungsamt Halle wird uns geschrieben: Wiederholt gelangen Anfragen an das Heeresabwickelungsamt Preußen, welche die Auszahlung des Reichsministers der Finanzen vom 21. 5. 20 den Altpensionären und Altpinterbliebenen in Höhe der Hälfte der gesetzlich zustehenden Pensionen und Hinterbliebenengebührnisse gewährt werden soll. Es sei zur Vermeidung eines überflüssigen Schriftwechsels darauf hingewiesen, daß die Zahlbarmachung dieses Vorschusses mit Wirkung vom 1. 4. 20 durch die zuständigen Pensionsregelungsbehörden ohne Antrag erfolgt. Wem an beschleunigter Auszahlung liegt, oder wer sonst eine Auskunft hierüber wünscht, wende sich nicht an das Heeresabwickelungsamt, sondern unmittelbar an die für ihn zuständige Pensionsregelungsbehörde. Es empfiehlt sich, hierbei Kataster- und Stammkartennummer mitzuteilen.

Schwurgericht. In der am 20. September d. Js. beginnenden Schwurgerichtsperiode kommen zur Verhandlung: 1. am 20. Sept. gegen a) den Arbeiter Kurt Müller, b) den Postillon Friedrich Bräßicke wegen Meineids und Anstiftung dazu; 2. am 20. Sept. gegen den Schlosser Franz Schröter wegen Straßenraubes; 3. am 21. Sept. gegen den Arbeiter Karl Herrmann wegen Meineids; 4. am 22. Sept. gegen den Landwirt Robert Reinicke wegen versuchten Mordes; 5. am 23. September gegen den Bergschlosser Paul Dette wegen Totschlags.

* **Die Reichsbanknoten mit dem schielenden Frauenkopf.** Wiederholte Anfragen geben Veranlassung, auf die im Umlauf befindlichen Fälschungen der Reichsbanknoten zu 50 Mark mit den Ausgabedaten des 30. 11. 18. und 24. 6. 19 erneut aufmerksam zu machen und vor Annahme dieser Nachbildungen zu warnen. Die Fälschungen zeigen als hauptsächlichste Kennzeichen: 50er-Note vom 30. November 1918: Zeichnung der Vorderseite unklar und verschwommen wiedergegeben. Schriften ungenau und verkrüppelt. Der schwarze Kranz und die Zahl 50 der Rückseite passen häufig nicht in den für sie im braunen Rahmen ausgesparten Raum und zeigen dadurch an den Fehlstellen kleine weiße Lichter. Die rote Kontrollnummer (bei echten Noten stets sechs- oder siebenstellig, in letzterem Falle stets mit einer 0 als erster Zahl) ist in abweichendem Bild und falsch eingesetzt. — 50er-Note vom 24. Juni 1919 (grüne Note): Die Vorderseite zeigt unklare, verwischte und ungenaue Zeichnung. Frauenkopf mit starker Beschattung, auffallend unrein; mehrfach ein altes mürrisches Gesicht mit schielenden Augen, auch starrem Blick. Die im Publikum verbreitete Ansicht, daß bestimmte Reihen- und Kontrollnummern als Kennzeichen der Fälschungen anzunehmen wären, ist irrig, da die Fälscher absichtlich meist die Nummern echter Noten benutzen. —

„Der Aufbau der Volkskraft und das Recht auf Gesundheit" ist das Thema, welches Herr Schirrmeister-Berlin am Mittwoch, den 22. September, 8 Uhr abends in der Aula des Reform-Realgymnasiums (Friesenstraße) sprechen wird. (Alles nähere siehe heutige Anzeige)

Unhold. Gestern nachmittag wurde ein junger Mann festgenommen, der sich auf dem Roßplatze spielenden Mädchen gegenüber unsittlich benahm.

Spitzbuben. In letzter Nacht wurde in der Rößziger Straße ein Kellereinbruch verübt. Gestohlen wurden Lebensmittel und Handwerkszeug. — In derselben Nacht versuchten drei Diebe in ein Geschäftshaus auf dem Marktplatz einzubrechen. Während zwei von ihnen die Flucht ergriffen, konnte der andere Einbrecher festgenommen werden. — Mit Eintritt der Dunkelheit wurde gestern in der Brüderstraße ein Schaukasten erbrochen und für 400 Mark Waren gestohlen. — In letzter Nacht wurde in der Schmeerstraße eine Schaufensterscheibe zertrümmert. Gestohlen ist nichts. — In derselben Nacht wurde in ein Fahrradgeschäft in der Kl. Ulrichstraße eingebrochen. Hierbei wurden etwa 300 Mk. Bargeld und Fahrradschläuche und -mäntel im Werte von 300 Mk. gestohlen. — In der Nacht zum 16. d. Mts. sind in einem Hause der Rudolf-Haym-Straße mehrere Keller erbrochen. Gestohlen wurden eine Anzahl gefüllte Weckgläser und Eier.

Vom Tage. Zur Beseitigung eines Dachstuhlbrandes wurde die Feuerwehr nach der Gr. Brunnenstraße gerufen. — Gestern abend wurde in der Richard-Wagner-Straße ein 5 Jahre altes Kind von einem Radfahrer angefahren und zu Boden geworfen. Es wurde am rechten Bein leicht verletzt.

Provinz und Umgegend.

An die Stadtverordneten und Gemeindevertreter

der alten sozialdemokratischen Partei im Regierungs-Bezirk Merseburg.

Sonntag, den 3. Oktober, vormittags 11 Uhr, in Wilsdorfs Gesellschaftshaus„ Halle, Karlstr. 14

Gemeindevertreterkonferenz.

Tagesordnung: Wie wird praktische Arbeit in den Gemeindeparlamenten geleistet? Referenten die Genossen Ad. Thiele und A. Müller.

Um eine zweckdienliche Beratung zu ermöglichen, tagen die Gemeindevertreter parterre, im Saale, die Stadtverordneten 1 Treppe im großen Vereinszimmer.

Wir ersuchen die Ortsvereine zu dieser Konferenz mindestens je einen Vertreter zu entsenden. Finanzschwache Ortsvereine erhalten Zuschuß von der Bezirkskasse.

Gleiche Konferenzen, wie diese, finden an späteren Sonntagen auch noch für die Unterbezirke (Kreise) statt. An diesen späteren Konferenzen können sich dann sämtliche Gemeindevertreter beteiligen, da dann die Kosten und die Zeitversäumnisse geringer sind. Einladungen zu diesen späteren Konferenzen erfolgen von den Unterbezirksleitungen.

Der Bezirksvorstand. R. Drescher

* **Delitzsch.** Vom Finanzamt. Die Finanzkasse, die bisher ihre Geschäfte in den Räumen der Kreiskasse mit erledigte ist seit einigen Tagen mit dem Finanzamt vereinigt. Sie befindet sich nunmehr im Gebäude Markt 22. Sämtliche Geschäfte der Finanzkasse, die bisher von der Kreiskasse wahrgenommen wurden, sind nunmehr auf die neuerrichtete Finanzkasse übergegangen.

Eisleben. Beamten„ Solidarität". Die Eingruppierung der städt. Beamten hier, wodurch einige Beamte besser gestellt worden sind, als es bei den Reichs- und Staatsbehörden der Fall sein soll, läßt einen Teil der hiesigen Beamten aus dem Kreise der Reichs- und Staatsbeamten nicht zur Ruhe kommen. In erster Linie haben sie die hiesigen Tagesblätter dazu benutzt, um die Oeffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen. Sie sind auch an einige Stadtverordnete herangetreten, um eine Nachprüfung der Eingruppierung und eine Herabsetzung einiger Beamtenklassen einzuleiten. Schließlich ist hinter dem Rücken der städt. Beamten eine Versammlung einberufen worden, in der Stellung gegen die ungerechte Eingruppierung der städt. Beamten Stellung genommen worden ist. Aus dieser Versammlung heraus ist eine Entschließung gefaßt und an die Regierung in Merseburg abgesandt worden mit dem Antrag, dahin zu wirken, daß diese, nach der Ansicht der Reichs- und Staatsbeamten zu Unrecht erfolgte Eingruppierung in höhere Klassen, beseitigt würde. Begründet ist der Antrag damit, daß die teils bessere Besoldung der städt. Beamten gegen andere Beamte geeignet sei, den Frieden in der Beamtenschaft zu stören und weiter ist die Deckungsfrage aufgeworfen worden. Die Regierung in Merseburg hat darauf auch den Magistrat zur Aeußerung und zur Beantwortung vieler Fragen zur Besoldungsordnung der städt. Beamten aufgefordert. In der letzten Versammlung der Gemeindebeamten kam diese Angelegenheit zur Aussprache. Es wurde der Antrag gestellt, das Beamtenkartell zu ersuchen, eine Beamtenversammlung einzuberufen, in der die Angelegenheit zu einer öffentlichen Aussprache auf die Tagesordnung gesetzt werden möchte. Das Kartell ist der Aufforderung nachgekommen, indem es eine Versammlung zu vorgestern abend im Saale des goldenen Schiffes anberaumt hatte, die recht zahlreich besucht war. Nachdem der Vorsitzende des Kartells die Angelegenheit zur Kenntnis der Versammlung gegeben hatte und einige Beamte dazu das Wort ergriffen, wurde von der Organisation der städt. Beamten der Antrag eingebracht, daß die heutige Versammlung das Vorgehen eines Teils der Reichs- und Staatsbeamten gegen die städt. Beamten mißbilige. Der Antrag wurde angenommen und das Vorgehen der betreffenden Reichs- und Staatsbeamten nicht für richtig gehalten. Weiter ist aus der Versammlung anzuführen, daß der bisherige Vorsitzende des Kartells, Oberrealschuldirektor Ebert, sein Amt als Vorsitzender niedergelegt hat, weil er dem Verbande der höheren Beamten angehört, der aus dem Deutschen Beamtenbund ausgetreten ist. Der zweite Vorsitzende hat sein Amt krankheitshalber niedergelegt und auch der Schriftführer war der Meßung, sein Amt wegen Ueberbürdung mit anderen Arbeiten nicht mehr länger ausüben zu können. Auf Anregung aus der Versammlung erklärten sich der Vorsitzende und Schriftführer bereit, bis zur nächsten Versammlung die Geschäfte weiterzuführen. Eine Entschließung, nach der sich die Beamtenschaft die Bekämpfung der übermäßigen Preistreiberei zur Aufgabe macht, fand Annahme, ebenso die eventuelle Gründung eines Beamtenkonsumvereins.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200920-16/fragment/page=0007

Kelbra. Verschiedenes. Am Freitag abend fand im weißen Roß eine Versammlung des Obst- und Gartenbauvereins statt, in der über die am 26. September stattfindende Obst- und Gartenbauausstellung verhandelt wurde. In volkswirtschaftlicher Beziehung kann man die Veranstaltung einer derartigen Ausstellung nur begrüßen. Es findet eine Sortenbestimmung durch besondere Fachleute statt und dieses regt den Züchter an, nur gutes Obst zu züchten. Ferner wurde beschlossen, nach Schluß der Ausstellung das Obst öffentlich zu verkaufen. — Einen bedauerlichen Unfall erlitt die Ehefrau des Schachtarbeiters H. Siebert. Dieselbe war auf dem Stalle beschäftigt, Grummet abzuladen, brach hierbei durch die Stalldecke und zog sich schwere Verletzungen am Kopfe zu. — Auch in unserer Flur mehren sich die Felddiebstähle. Alle Früchte des Feldes bieten den Spitzbuben reiche Beute. Dabei wird kein Unterschied gemacht, es wird sowohl bei den größten wie bei den kleinsten Besitzern gestohlen. Diese traurigen Erscheinungen sind nur die Folge des moralischen Niederbruchs unseres Volkes durch den Krieg. Wann wird die Zeit kommen, wo Moral und Ehrbegriffe wieder den Menschen als höchste Tugend erscheinen.

Naumburg. Zeitbetrachtung. Es ist wieder einmal an der Zeit, die „Tante" und ihr Geschreibsel unter die Lupe zu nehmen. Wahrzunehmen ist dabei, daß dort der Ton ein ganz anderer ist, als man es vor und während der Wahl gewohnt war. Damals wurde alles, was die Regierung tat, in den Dreck gezogen, man schrie nach Aufhebung der Zwangswirtschaft und Aufhebung der Höchstpreise; man versicherte, daß dann dem Schiebertum das Wasser abgegraben sei und daß die Preise bedeutend fallen würden. Man warf den Sozis vor, sie drängten sich nach der Futterkrippe und wüßte zu berichten, wie die Minister, Oberpräsidenten usw. das Geld nur so zum Fenster hinauswarfen und schließlich so und soviel in der Tasche verschwinden ließen. Und heute! Die Sozis sind aus der Regierung ausgeschieden. Ist es besser geworden? Ganz offensichtlich schlechter! Aber den Tintenkuli am Topfmarkt stört das nicht, wenigstens im politischen Teil liest man davon nichts. Da ist alles gut was die Regierung tut; man verteidigt diese Maßnahmen und beschönigt alles. Aber dann das dicke Ende. Man zetert über die Wirkung des Spaer Aukommens; man konstatiert das Fallen der Valuta (obwohl man zugeben muß, daß die Kohlenproduktion gestiegen ist) man bringt verschämt die Anschuldigungen gegen den Minister Hermes und vertröstet auf die Untersuchung des Reichsernährungsministeriums; man bringt Berichte über unerhörte Preissteigerungen und Verschiebungen usw. usw. Dann kommen die „Eingesandts": Da wird in dem einen nach der Preisprüfungsstelle geschrieben und der Einsender beklagt sich über zu hohe Fleischpreise, im nächsten kommt „Ein Konsument" auf die Kartoffelverschiebung in Gotha zurück (der Bericht war auch im Kreisblättle zu lesen) und konstatiert, daß auch in unserer Umgebung die Kartoffeln verschoben oder zurückgehalten werden und es ist wörtlich zu lesen:

Dadurch wird selbst der beste und ruhigste Mensch zur Empörung gereizt und schließlich dazu getrieben, wenn er bei solch guter Ernte selbst für den hohen Betrag von 32—35 Pfg. das Pfund keine bekommt, sich welche zu stehlen. Es ist die höchste Zeit, daß gegen derartige Uebelstände die maßgebenden Stellen ganz energisch einschreiten, wenn nicht die ganze Bevölkerung zur Verzweiflung getrieben werden soll. Ein Konsument.

Man bedenke, die ruhigen Spießer werden schon jetzt „revolutionär" und drohen mit Diebstahl und die Tante leiht dazu ihre Hand (was soll das erst werden; wenn die „freie Wirtschaft" sich erst voll und ganz auswirkt?) Was sollen denn die maßgebenden Stellen tun? Man hat ihnen ja die Mittel aus der Hand geschlagen. Und was das schönste von allem ist: Die gesamte Vorschtblatt-Redaktion liegt auf dem Bauche vor der Sozialdemokratie und winselt im Verein mit der gesamten reaktionären Presse um Erbarmen und Eintritt in die Reichsregierung. „Gottes Mühlen mahlen langsam, aber furchtbar sein!" Ja, ja! Jetzt ist der Spieß herumgedreht; jetzt sagen wir: „Nur Geduld, die starken Männer und Fachleute wirtschaften bald ab." Die politischen Ereignisse sind wieder in ein bewegtes Stadium getreten. Genossen! Aufgepaßt! Unsere Genossen haben einen guten Schachzug getan, als sie von der „Futterkrippe" weggingen und wir erheben laut unsere Stimme: „Nur nicht vorzeitig schwach werden, sondern auswirken lassen, was sich so verheißungsvoll für uns anläßt!

Magdeburg. Schwerer Raubüberfall. Am Donnerstag zwischen 10 und 11 Uhr abends ist hier in der Wohnung einer Witwe ein schwerer Diebstahl ausgeführt worden. Die Täter — es kommen zwei ePrsonen in Frage — haben die Wohnungsinhaberin, als sie von dieser überrascht wurden, durch Vorhalten von mit Aether getränkten Tüchern betäubt und mit einer starken Schnur zu würgen versucht, so daß sie die Besinnung verlor. Nach Verlauf von etwa 1½ Stunden erwachte die Ueberfallene aus ihrer Betäubung, sie weckte ihr Dienstmädchen und erstattete Anzeige. Nach den sofort gemachten Feststellungen haben die Täter den Geldschrank mit dem der Ueberfallenen abgenommenen Schlüssel geöffnet und Gold- und Silbersachen, deren Wert noch nicht feststeht gestohlen.

Gewerkschaftliches.

Wer ist ein guter Gewerkschafter?

Im Gaublatt für Sachsen-Thüringen des Zentralverbandes der Angestellten lesen wir folgende beherzigenswerte Zeilen:

Ein gutes Mitglied der Organisation ist nicht der, der sich brüstet, ein Feind aller Arbeitgeber zu sein und deswegen schon manche Stelle geopfert zu haben. Nicht der, der sich für den einzigen waschechten Gewerkschafter hält und seine Ideen allen anderen aufzwängen will. Nicht der, der gegen die Organisation wettert und mit Austritt und mit Zerschmetterung droht, wenn etwas gegen seinen Willen geht. Nicht der, der seinem Haß gegen Unorganisierte mit Schreien und Schimpfen Ausdruck gibt, denn das ist gegen die Menschlichkeit und bringt die Organisation in Verruf. Nicht der, der alles und jegliches verurteilt und alles Gute nur an sich selbst und seinen Taten findet. Ein guter Gewerkschafter behält seine Stelle auf Grund seiner Fähigkeiten und nicht durch die Macht seiner Organisation; der wegen Unfähigkeit Entlassene, der sich auf die Macht der Organisation stützt, um wieder angestellt zu werden, verkleinert dadurch die Nützlichkeit der Organisation. Nicht der ist ein guter Gewerkschafter, der durch falsche Angaben oder unlautere Mittel eines anderen Stelle zu erlangen sucht. Nicht der, der den Versammlungen fernbleibt und nachher die Beschlüsse derselben bekrittelt, nicht der, der in Versammlungen der Organisation immer störende Zwischenrufe macht und Unordnung schafft. Ein guter Gewerkschafter ist der, während er auf der genauesten Einhaltung des Vertrages besteht, dennoch eine gewisse Achtung vor dem Unternehmer bekundet und ihn nicht bei dem geringfügigsten Anlaß anflegelt. Der die kleinsten Fehler anderer begreift und verzeiht, der das Verhalten eines Unorganisierten bedauert und ihn durch Rat und Tat zu bewegen sucht, der Organisation beizutreten. Derjenige, der stets ein ermutigendes Wort für seine Mitarbeiter hat, ihre Schwächen übersehen kann, in richtiger Erkenntnis, daß niemand auf Erden vollkommen ist, der die guten Ratschläge und Taten anderer zu würdigen weiß. Der es begreift, daß der Erfolg der Organisation in der Vereinigung und Solidarität aller besteht. Derjenige, der aller Unordnung in Versammlungen abgeneigt ist, dem Vorsitzenden die Arbeit erleichtert und ihn bei Erhaltung der Ordnung unterstützt. Derjenige, der gegen unrechte Handlung empfindlich und kein Feigling ist. Derjenige, der mit seinen Beiträgen nicht im Rückstande ist, der kein Nörgler ist und der jede Maßregel, die er für gut hält, unterstützt, die Beschlüsse einhält, auch wenn er nicht damit einverstanden ist. Der die Geistesgröße besitzt, um zu erkennen, daß es außer ihm auch noch andere ehrliche Menschen gibt, die, ehrenhaft genug, die Vorschläge anderer Menschen ohne Hochmut anhören und ihnen auch zustimmen, wenn sie gut sind. Ein guter Gewerkschafter sucht jede Zersplitterung und Eigenbrötelei zu vermeiden, er achtet seine Gewerkschaft, hält Disziplin und bleibt stark in der Solidarität.

Aus aller Welt.

120 städtische Arbeiter wegen Mehlveruntreuungen verhaftet.

Aus Wien wird gemeldet: Im städtischen Lagerhaus ist man großen Diebstählen, hauptsächlich an Zucker und Mehl auf die Spur gekommen. Sie wurden von Lagerhausarbeitern verübt und es steht fest, daß der größte Teil des Mehles, das in Wien im Schleichhandel verkauft wurde, aus diesen Diebstählen herrührt. Die Polizei hat 120 Arbeiter verhaftet. Merkwürdigerweise ergreift ein Teil der Wiener Arbeiterschaft für die Diebe Partei und droht mit Streik, falls die Verhafteten nicht freigelassen werden. Bezeichnend ist, daß die Arbeiter bereits am Nachmittag nicht mehr zur Arbeit erschienen.

Der Plan einer Schwarzatalsperre. Die Firma Karl Zeiß in Jena wurde von der Landesregierung beauftragt, einen Entwurf für die Anlage einer Talsperre im Schwarzatal auszuarbeiten. Die Schwarzatalsperre soll unabhängig von dem schwebenden Plan einer Saaletalsperre die möglichste Ausnutzung der Wasserkraft im Schwarzatale fördern. Der Plan der Zeißwerke wird den Wettbewerb mit einem Plan der Siemens-Schuckert-Werke in Berlin aufzunehmen haben, die ebenfalls einen Schwarzatalsperre-Entwurf ausgearbeitet haben, dessen Ausführungskosten auf zehn Millionen Mark veranschlagt sind.

Is a Madel oder a Bua? Ein heiteres, kaum glaubliches Stückchen ist dieser Tage bei einer Schreinerfamilie in Fürth passiert. Die Hebamme konstatierte nämlich bei der Ankunft eines neuen Erdenbürgers, er sei männlichen Geschlechts, und der mit diesem Sproß beglückte Vater meldete im Geburtsregister einen Buben mit dem Vornamen Christoph an. Aber, welch ein Wunder, als man infolge eines natürlichen Vorkommnisses das kleine Wesen trocken legen mußte, gewahrte man, daß aus dem Buben inzwischen ein Mädchen geworden ist. Ob nicht doch noch Zeichen und Wunder geschehen, oder die Amme sich schlaftrunken vergaloppiert hat darüber ist man sich noch nicht ganz klar in den beteiligten Kreisen aber die Amme schwört, man habe ihr durch ein falsches Kind einen Schabernack gespielt. Ein schwieriges Problem ist auch noch die Umtaufe im Geburtsregister da der Vater des Wunderkindes sich beharrlich weigert, noch weiter das Opfer von Gespötte abzugeben.

Juristische Beratungsstelle.

Frage: 1914 bekam meine Braut ein Kind von mir. Ich war der gesetzliche Vater. Das Kind verblich bei den Großeltern in G. Bis zu meiner Einziehung zahlte ich Alimente für das Kind. Entbindungskosten zahlte ich auch. Als ich am 16. 8. 1914 eingezogen wurde, erhielt meine Braut die staatl. Unterstützung für das Kind. Im Jahre 1916 (Mai) ging ich mit meiner Braut die Ehe ein. Meine Frau erhielt dann die staatl. Unterstützung. Als ich aus dem Felde zurückkehrte, traf ich meine Frau schwer erkrankt an Grippe vor. Zu ihrer Genesung ging sie zu ihren Eltern nach G. Während des Krankenlagers ließ ich meine Frau pflegen. Wiederholt ist sie dann kurze Zeit bei mir gewesen, aber immer leidend. Es entstand Lungentuberkulose. Meine Frau hat jetzt die Absicht, dauernd mit dem Kinde bei den Großeltern zu bleiben. Ich bezahle für Frau und Kind 62 M. pro Woche für Unterhalt. Jetzt läßt meine Frau die gesamte Wäsche, die sie in die Ehe gebracht hat, nach G. holen, auch meinen Kleiderschrank. Ich befürchte, daß die Verwandten, speziell die Eltern, meine Frau dazu veranlaßt haben, weil der Zustand meiner Frau zu Bedenken Anlaß gibt. Muß ich die ganze Wäsche und den Schrank herausgeben? Meine Frau hat Wäsche und Wirtschaft mit in die Ehe gebracht. Mein Kind ist gesund und ist doch der Erbe, bei einem evtl. Ableben meiner Frau.

Antwort: Sollte Ihre Frau sterben, so gebührt Ihrem Kinde ¾ des Nachlasses, Ihnen ¼. Es ist gleichgültig, wo diese Gegenstände sich befinden. Sie sind nicht verpflichtet, die in die Ehe eingebrachte Wäsche und Möbel herauszugeben.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Der Völkerbund entscheidet.

Paris, 19. September. Laut „Temps" wird die Entscheidung des Völkerbundsrates in der Alandsfrage und im polnisch-litauischen Streitfall in der öffentlichen Sitzung am Montag bekannt gegeben werden. In der heutigen Sitzung hat der Völkerbundsrat sich für die Beurteilung in der Alandsfrage als zuständig erklärt und zur Ausarbeitung des Schiedsspruches einen dreigliedrigen Ausschuß eingesetzt, den der Präsident ernennt.

Entspannung der Lage in Italien.

Paris, 19. Sept. Nach einer Havasmeldung aus Rom kommen von allen Seiten Nachrichten über eine Entspannung der Lage. In Genua sind die Fabriken fast vollständig geräumt und die roten und schwarzen Fahnen von den Gebäuden und Schiffen verschwunden. In Salerno haben sich die Arbeiter und Industriellen geeinigt und die Arbeit ist wieder aufgenommen worden.

Fünf Kilometer von Mantua entfernt ist eine Pulverfabrik in die Luft geflogen. Sieben Personen wurden getötet und mehrere verletzt. Eine große Anzahl von Gebäuden wurde beschädigt.

Wirtschaftskrise in Belgien.

Brüssel, 18. September. Nach dem „Peuple" wird die Krise in der belgischen Leinenindustrie von Woche zu Woche schlimmer. Mehr als 8000 in den neun bedeutendsten Fabriken beschäftigte Arbeiter arbeiteten nur 30 bis 40 Stunden die Woche. Insgesamt feierten etwa 7000 Arbeiter, während 5400 normal beschäftigt seien.

Wie die Blätter melden, haben die Uebertagearbeiter der Kohlengruben des Borinage am Mittwoch die Arbeit niedergelegt. Man fürchtet, daß die Untertagsarbeiter sich ihnen bald anschließen werden.

Internationale Ausstellung in Rom.

Rom, 19. September. (Stefani.) Gestern wurde hier eine internationale Ausstellung landwirtschaftlicher Maschinen eröffnet, die von italienischen landwirtschaftlichen Verbänden veranstaltet ist. Auch Deutschland ist vertreten.

Verantwortlich: Für Politik, Parteinachrichten und Gewerkschaftliches Paul Täumel; für „Aus dem Stadtkreis" und Feuilleton Willi Lanzke; für Provinz und den übrigen redaktionellen Teil K. Garbe; für die Inserate Wilhelm Herzig, sämtliche in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. b. m. H. zu Halle. Gr. Ulrichstr. 27.

Kleines Feuilleton.

Zurück ins Joch.

Heimat, sie tönte mir wieder ... das liebe, alte ruhige Lied.

Die Linden standen vor den Türen, die Krippen standen vor den Wirtshäusern, die Hühner pickten drum herum, und daß wir nun auch wieder da waren, das wußte das ganze Städtchen.

Ihr Wiesengründe mit eurem Einsamkeitszauber, ihr schattigen dunklen Wälder, ihr Moore und schweigenden Kolke, du Landstraße, die ihre schlanken Bogen schlingt ... es ist noch alles die alte Poesie ... Ich weiß mir nichts Abgeschiedeneres und Stilleres.

Ob die Knicks grünen und blühen und dieses Straßenband fast wie ein Tor überspannen, ob im weinenden Herbstgrau die Krähen mit naßschwerem Flügel drüber hin strichen die Stille herrscht hier immer.

Ich kenne den Hund, der im Kätnerhaus bellt, ich kenne den Knaben, der zu Pferd heranreitet. Seine Jahre Schulweg zu Pferde ... es wird ihn in Erinnerung durch ganze Leben begleiten.

„Willem, wi wöllt wat eten," sagt mir der Kätner. „Jo, Willem," antworte ich.

Der Kätner, der macht noch eine Bemerkung, eine hinüber zu der Frau des Hauses. Und der Uebermut haut die Faust auf den Tisch.

„Wöllt de Männer mal ihr'n Will'n hebben," sagt die Frau, „dann möt se dat lis' seggen." Und ich merk mir das ... Ich weiß mir nichts Abgeschiedeneres und Stilleres als solch Leben an dieser Straße.

Und fahr nun zurück in die Stadt. Und fühle ihr Leben schon auf Meilen voraus. Das Leben ihres eilenden treibenden quirlenden Stroms der zehntausendköpfigen Menge. Das Leben ihres drängenden Stroms zum Erwerb, ihres drängenden Stroms zum Vergnügen, ihres Stroms, der Hungernde mit sich trägt und Frierende, Krüppel ohne Beine, Blinde, ausgemergelte verbrauchte verkümmerte Menschen, des Stroms, der mit sich wälzt Milliarden Impulse, Milliarden ungestillter Wünsche derer, die hungern, derer, die leben, wohnen, essen wollen.

In diesem Strom zu leben, gebiert den Wunsch: Hinaus, hinweg! Dahin, wo's nach Frieden im Liedchen jedes Vogels klingt, wo ein Kuckuck lacht, im Walde, wo, wenn du am Abend die Tür eines Häuschens klinkst, dir sehnsüchtig eine Lampe scheint.

In einem Haus, um das im Wind die Pappeln sausen, im Sonnenschein mit hellen Flügeln ein Schwarm von Tauben kreist. Um das am Abend blank und bloß die Sterne scheinen ...

Das Leben in meiner Stadt ist voll wagender, irrender Wünsche ... voll kreißender, ungestillter.

Gregor.

Wie oft wird Shakespeare aufgeführt? Daß Shakespeare auch im ersten Jahre nach dem Friedensschluß neben Schiller den Spielplan der deutschen Theater beherrscht hat, wird bezeugt durch den statistischen Ueberblick über die Aufführung seiner Werke, den in dem demnächst erscheinenden Jahrbuch der Deutschen Shakespeare-Gesellschaft für das Jahr 1919 Dr. Egon Mühlbach aufgestellt hat. In Betracht kommen im ganzen 284 Theatergesellschaften mit 23 Werken des Dichters im 1349 Aufführungen. An der Spitze steht „Wie es auch gefällt" (204 mal durch 15 Gesellschaften); es schließen sich an „Othello" (175 : 53), „Hamlet" (150 : 41), „Was ihr wollt" (144 : 25), „Der Kaufmann von Venedig" (109 : 30), „Ein Sommernachtstraum" (17 : 16), „Romeo und Julia" (74 : 29), „Das Wintermärchen" (62 : 12), „Coriolan" (57 : 4), „Viel Lärm um nichts" (43 : 6), „Der Widerspenstigen Zähmung" (42 : 14), „Maß für Maß) (34 : 5), „Richard III." (32 : 5), „Die Komödie der Irrungen" (31 : 2), „König Lear" (29 : 5), Julius Cäsar (20 : 5), „Macbeth" (19 : 5), „Cymbeline" (19 : 2), „Die beiden Veroneser" (13 : 2, „Ende gut, alles gut" (8 : 1), „Antonius und Kleopatra" (4 : 2), Timon von Athen" (2 : 5), „Perikles" (2 : 1). Die höchste Zahl der Vorstellungen erreichte Berlin (284), dann folgen Hamburg-Altona (79), Wien (61), München (59), Düsseldorf (49), Leipzig (46), Stuttgart (36), Bremen (32), Frankfurt (18). Auffällig ist es, daß eine Stadt wie Dresden im Jahre 1919 nur 8 Aufführungen herausgebracht hat und so hinter kleineren Bühnen zurückgeblieben ist.

Die Chinesen als Entdecker Amerikas. Aus Mailand wird der „Voss. Ztg." geschrieben: Bisher war man der Ansicht, daß Amerika vor der Entdeckung des großen spanischen Seefahrers schon von den Wikingerschiffen der Skandinavier besucht worden war. Jetzt behauptet aber in der „Perseveranza" ein italienischer Geograph, daß den Chinesen das Verdienst gebühre, zuerst den vierten Erdteil betreten zu haben. Er beruft sich hierbei auf den Engländer George Collinson, der in den Trümmern der alten mexikanischen Städte Inschriften gefunden hat, aus denen hervorgeht, daß die Chinesen nicht nur die Entdecker, sondern auch die Kolonisatoren Mittelamerikas gewesen seien, dem sie ihre Kultur gebracht hätten. In Teotihuakan sind Hieroglyphen in den Stein gehauen, die den chinesischen Schriftzeichen für die Worte „Stadt", „Auge" und „Sonne" ganz genau entsprechen und allein schon genügen würden, die Landung von Chinesen in Mexiko zu beweisen. Außerdem besteht eine alte mexikanische Ueberlieferung, die mit einer chinesischen Sage in den heiligen Büchern des Hung-Tseu vollkommen übereinstimmt und erzählt, daß einige ganz alte Völker ihre Heiligtümer von Pyramidenform unter der Erde begruben, wenn sie von feindlichen Einfällen bedroht waren, eine Erzählung, die tatsächlich für die mexikanischen Pyramiden gilt. Auch war im alten Mexiko der Glaube verbreitet, daß der mächtige Gott Huetzalkoalt auf einem gewaltigen Schiffe über das Meer her aus dem Westen gekommen sei. Aber mehr als diese Legende beweisen die Forschungen des chinesischen Geschäftsträgers in Mexiko, des gelehrten Jong Tsiang Kung, der die Schriftzeichen auf verschiedenen Pyramiden als chinesische erkannt hat.

Der Schutzverband Deutscher Schriftsteller hat, so wird uns geschrieben, mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß die buchhändlerischen Vereinigungen den Preisabbau für Bücher und Zeitschriften beschlossen haben und den Teuerungsaufschlag für Bücher und Zeitschriften nach Möglichkeit aufgeben wollen. Leider muß festgestellt werden, daß ein Teil der Sortimenter und besonders der Bahnhofsbuchhandel nach wie vor den Teuerungsaufschlag bis zu 20 Prozent erhebt. Hierdurch wird die Kauflust des Publikums gehemmt und der Absatz der Bücher, an dem die Schriftsteller geistig und wirtschaftlich interessiert sind, leidet. Der Schutzverband Deutscher Schriftsteller erhebt als die berufene Vertretung des deutschen Schrifttums gegen die Fortführung dieses ungeregelten Zustandes öffentlich Einspruch.

Stadttheater: Heute, Montag, abend 7½ Uhr wird das fröhliche Spiel „Als ich noch im Flügelkleide" von Kehm und Frehsee wiederholt. Dienstag gelangt die komische Oper „Fra Diavolo" zur Aufführung. In den Hauptpartien sind beschäftigt: Anna Engbardt, Hans Waldburg, August Roesler, Fritz Schneider, Kurt Schreiber, Cornelius Barck, Eugen Albert. Spielleitung: Leopold Sachse, musikalische Leitung: Oscar Braun. Mittwoch wird das Lustspiel „Dr. Klaus" gegeben, Donnerstag „Der Waffenschmied", Freitag „Tannhäuser", Sonnabend „Königskinder", Sonntag nachmittag „Als ich noch im Flügelkleide", Sonntag abend „Fra Diavolo".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200920-16/fragment/page=0008